

Leben heißt handeln

2.95 € · ISSN 1437-7543 · Nr. 134/3.2017

# ROBIN WOOD

magazin

## Kein Tropenwald im Tank!

Tatort:  
CASTOR AUF  
DEM NECKAR

Verkehr:  
AUTOBAHN PRIVAT

Wald:  
URWALD IN GEFAHR



# Agrodiesel



Das EU-Parlament ist überzeugt.  
Jetzt müssen wir die Regierungen überzeugen!  
Bitte fördern Sie unsere Überzeugungsarbeit auf Seite 17.



Die Redaktion löscht: Die Brandstifter in Indonesien müssen gestoppt werden

# Liebe Leserinnen und Leser!

Seit den großen Waldbränden in Indonesien 2015 ist einer breiten Öffentlichkeit klar, dass der Anbau von **Palmöl** ein bedeutender Anheizer des Klimas ist. Um neue Anbauflächen zu erschließen, sind Brandrodungen in der Branche an der Tagesordnung. Die Hälfte des nach Europa importierten Palmöls landet in unseren Autotanks. Sie dienen der Autoindustrie als grünes Feigenblatt: Anstatt die Emissionen ihrer Autos tatsächlich zu verringern, mischen die Autokonzerne „Bio“-Kraftstoffe bei und melden, sie hätten damit Emissionen gespart. Wer genauer hinguckt, sieht dass das nicht stimmt. Unsere Tropenwaldreferentin Tina Lutz hat genauer recherchiert. In ihrem Beitrag ab Seite 14 erfahren Sie mehr interessante Fakten zum Thema und auch, dass das EU-Parlament das Aus für Palmöldiesel fordert. Jetzt müssen wir alle Druck machen, dass die Mitgliedsstaaten der EU, darunter auch Deutschland, den Entwurf der EU-Kommission nicht bis zur Unkenntlichkeit verwässern!

Einer der letzten europäischen Urwälder in **Bialowieza** ist in Gefahr. Nachdem die polnische Regierung ein neues Gesetz beschlossen hatte, das das Fällen von Bäumen ohne Genehmigung erlaubt, waren in Polen die Kettensägen rasch ausverkauft. Unser Waldreferent Jannis Pfendtner und Jana Fischer, Praktikantin in unserer Bundesgeschäftsstelle in Hamburg, berichten wie einzigartig dieser Urwald ist und dass die

EU-Kommission gerade gegen dieses genehmigte Baummasaker beim Europäischen Gerichtshof klagt. Der Druck steigt: Auch die UNESCO hat die polnische Regierung zum Stopp der Fällungen im Weltnaturerbe Bialowieza aufgerufen. Viele Menschen protestieren vor Ort mit Sitzblockaden oder in Warschau mit Demos und Aktionen gegen die Waldzerstörung. Lesen Sie mehr dazu ab Seite 36.

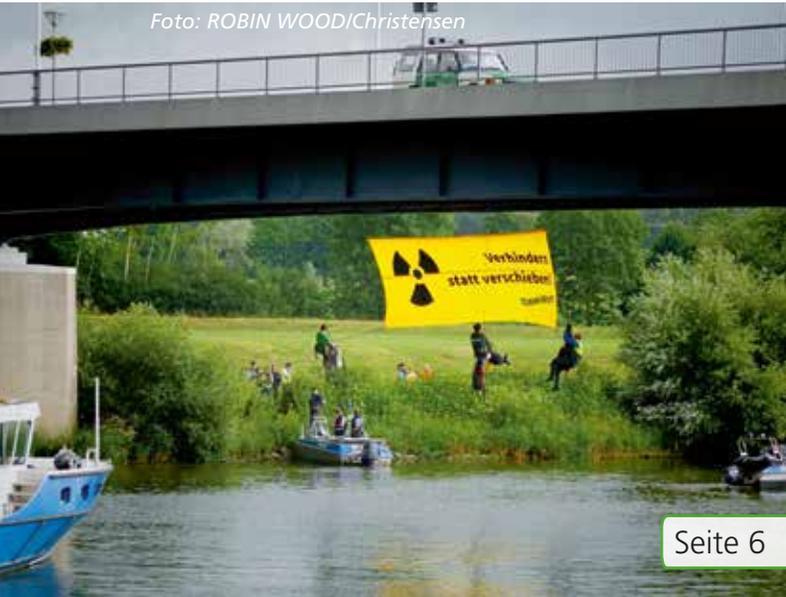
Wer gegen die **Atompolitik Russlands** protestiert, muss mit Repressalien rechnen. Daniel Häfner vom Forschungszentrum für Umweltpolitik an der FU Berlin hat mit Andrey Ozharovskiy über den Umgang mit radioaktiven Abfallstoffen in Russland und über die Situation der russischen Anti-Atom-Bewegung gesprochen. Andrey ist Lehrer und arbeitet als Experte für die Umweltschutzorganisation Bellona. Mehr dazu erfahren Sie ab Seite 30.

In dieser Magazinausgabe finden Sie weitere interessante Beiträge zu ROBIN WOOD-Aktionen und wie Menschen für den Schutz von Klima und Umwelt aktiv geworden sind.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen  
für die Magazin-Redaktion  
Ihre

*Christiane Weitzel*

Foto: ROBIN WOOD/Christensen



Seite 6

tatorte 

- 6 Bad Wimpfen: Castor auf dem Neckar
- 8 Hamburg: G20 – mit Mut und Kreativität Zeichen für Klima und Natur setzen
- 11 Rüsselsheim: Kontrastprogramm zum Hessestag
- 11 Berlin: Umweltfest mit Schnupperklettern
- 11 Köln: Tag des guten Lebens
- 12 Mit dem Floß gegen Atomtransporte

nachspiele 

- 13 Hamburg: Anklopfen bei König Olaf

 tropenwald

Kein Tropenwald im Tank! 14

Seite 14



Foto: Wolfgang Resmer/pixelio.de

Seite 18



Foto: Klaus Ihlau

verkehr 

- 18 Autobahnprivatisierung: Kuhhandel auf Kosten von Demokratie, Umwelt und Gemeinwohl
- 20 ÖPP: Öffentlich-private Plünderung



Seite 22

Foto: infozentrale

**energie** 

- 22 Rheinisches Braunkohlerevier: Rote Linien gegen den Klimawandel
- 26 Debattenreihe: Bedeutung des 1,5 Grad-Limits für den Inselstaat Tuvalu

**ausgefragt** 

- 30 Interview mit dem russischen Anti-Atom-Aktivisten Andrey Ozharovskiy zur russischen Atomwärmepolitik

 **perspektiven**

Laden ohne Verpackung: Glücklich unverpackt in Essen 34



Seite 34

Foto: Annette Lübbers

Foto: wer mei/CC BY 2.0



Seite 36

**wald** 

- 36 Bialowieza: Europas Urwald in Gefahr
- 41 Tagung: Mehrweg statt Waldzerstörung

**internes** 

- 42 Vermächtnisse für die Umwelt
- 43 Neuer Kollege Holger Harms
- 43 Impressum
- 44 Fördererforum: Leider waren die Leinen schon los!



Foto: ROBIN WOOD/Christensen

Aktive protestieren gegen neue Gefahren aus der Atomindustrie: Castortransporte führen jetzt auch über den Neckar

## Castortransport auf dem Neckar!

Am Mittwoch, dem 28.6.2017 fuhr der erste von fünf geplanten Castortransporten auf dem Neckar von Obrigheim nach Neckarwestheim. Begleitet wurde diese gefährliche Fracht von verschiedensten Protestaktionen. Eine Kletteraktion von ROBIN WOOD stach besonders hervor. Auf einem leuchtend gelben Banner, das von einer Brücke in Bad Wimpfen hing, war die Botschaft deutlich zu sehen: „Verhindern statt verschieben!“

Die EnBW möchte in den nächsten Monaten noch vier weitere solcher Castortransporte mit 342 Brennelementen in 15 Castorbehältern über den Neckar führen. Diese Transporte sind gefährlich und unnötig. Doch nachdem die EnBW jahrelang Profite aus der Atomindustrie gezogen hat, geizt sie jetzt bei der Lagerung der abgebrannten Brennelemente. Anstatt wie 2005 geplant ein Zwischenlager in Obrigheim zu bauen, führt sie die Transporte auf Kosten der Bevölkerung durch und setzt diese unnötigen Gefahren aus: In dem Wissen, dass das Zwischenlager Neckarwestheim nur bis 2046 genehmigt ist und die Castoren dann woanders hin transportiert werden müssen. Die EnBW hat derweil in Obrigheim das Entstehen einer „Grünen Wiese“ versprochen. Außer Acht bleibt dabei, dass der Rückbau und seine Hinterlassenschaften noch Jahrzehnte dauern und weiter strahlen werden.

Transportiert wird der hochradioaktive Müll auf einem Schubverband, der von den ein halbes Jahrhundert alten Schiffen Edda und Ronja geschoben wird. Anstatt den riskanten Transport mit modernsten Technologien durchzuführen, wird veraltete Technik verwendet. So haben die Schubschiffe in der

Vergangenheit schon gebrannt bzw. sind auf Grund aufgelaufen. Auf dem Verband legen die Castoren rund 50 Kilometer zurück, passieren dabei dicht bewohnte Gebiete, sechs Schleusen und 23 Brücken. Das Zwischenlager in Neckarwestheim, wo die Castorbehälter lagern sollen, birgt wesentlich größere Gefahren als es ein Zwischenlager in Obrigheim täte. Es befindet sich in zwei Stollen eines ehemaligen Steinbruchs, direkt neben dem noch laufendem AKW Neckarwestheim II. Das Gelände liegt unterhalb des Grundwasserspiegels, so dass immer wieder eindringendes Grundwasser und Regen abgepumpt werden müssen. Dabei wird auch immer Erdreich mit abgetragen, wodurch an nicht vorhersehbaren Stellen Hohlräume entstehen. Diese müssen dann aufwändig mit Beton verfüllt werden, um größere Schäden am Zwischenlager oder AKW zu verhindern, um z.B. die Kühltürme vor dem Einstürzen zu schützen.

Sollten die Stollen des Zwischenlagers oder Teile davon einstürzen, könnte die Kühlung der Castoren nicht mehr gewährleistet oder diese direkt beschädigt werden und so Radioaktivität austreten! Hier wurde also ein geologisch denkbar ungeeigneter Standort direkt neben einem gefährlichen AKW ausgewählt! Trotz dieser Gefahren hat die grüne Regierung in Baden-Württemberg die Transporte genehmigt. Vor dem Hintergrund, dass EnBW zu 46 Prozent dem Land gehört ist, ist die Tatsache, dass hier eine kostengünstigere aber dafür unsinnige und gefährliche Scheinlösung vollzogen wird, besonders kritisch zu sehen.

Schon seit Monaten werden Proteste gegen die EnBW, die Regierung und die geplanten Castortransporte laut. Das

Bündnis „Neckar-Castorfrei“ hat viele Informationsveranstaltungen durchgeführt, sowie Demos zu Land und zu Wasser organisiert. Als Teil des Bündnisses haben ROBIN WOOD-Aktivist\*innen mit zwei Aktionen auf die bevorstehenden Transporte aufmerksam gemacht. Diese wurden allerdings trotzdem genehmigt und so wurden auch die Aktionsvorbereitungen für den Tag X immer konkreter.

Am Wochenende des 24./25. Juni wurde bekannt, dass ein leerer Schubverband am 26. Juni nach Obrigheim aufbrechen und am 28. mit den Castorbehältern zurück nach Neckarwestheim fahren wird. Also hieß es Koffer packen und auf zum Neckar. Schon zum Start des Leertransportes beteiligten sich Aktivist\*innen von ROBIN WOOD an der Mahnwache in Gundelsheim. Am Dienstag bereiteten sie das Banner vor und packten weiteres Material zusammen. Gleichzeitig behielten sie den Schubverband im Auge. Um kurz nach 23:00 Uhr wurden die Castoren auf das Schiff gebracht, um bereits kurz nach Sonnenaufgang zu starten.

Gleich zu Beginn waren die Aktivist\*innen und die Presse irritiert, weil der Schubverband erst in die falsche Richtung fuhr. Doch dann drehte er in der nächsten Schleuse um und setzte den Weg in Richtung Neckarwestheim fort. Vor der Brücke in Bad Wimpfen musste er allerdings anhalten, denn dort hatten sich vier Kletter\*innen abgeseilt, kleine Anti-Atom-Fahnen und das Banner mit der Aufschrift „Verhindern statt verschieben!“ entrollt. Am Ufer standen sehr schnell sehr viele Pressevertreter\*innen, die das tolle Bild festhalten wollten, Interviews mit Aktivist\*innen am Ufer führten und so die Transporte sowie unseren Protest in Radio, Zeitung, Onlinemedien und ins Fernsehen brachten. Rund eineinhalb Stunden lang fuhren größere und kleinere Polizeiboote unter den Kletter\*innen hindurch, versuchten diese zu überzeugen herunterzukommen und schickten schließlich Einsatzkräfte vom SEK nach oben, um die Aktivist\*innen langsam in ein Polizeiboat zu bringen. Während noch zwei Aktivist\*innen unter der Brücke hingen, fuhr der Schubverband weiter und unter der Brücke hindurch. Nachdem alle Aktivist\*innen sicher am Ufer angekommen wa-



*Der Protest ist bunt und kreativ*

ren, war der Jubel über die gelungene Aktion groß! Besonders freuten wir uns auch über die Nachricht, dass sowohl eine Sitzblockade und eine weitere Kletteraktion erfolgreich waren. Erst nach 13 statt der geplanten neuneinhalb Stunden kam der Schubverband in Neckarwestheim an.

Bald werden in Obrigheim die nächsten 12 Castoren befüllt, die in vier weiteren Transporten zum unsicheren Zwischenlager in Neckarwestheim gebracht werden sollen. Noch vier weitere Male wird also die Bevölkerung unnötigen Gefahren ausgesetzt. Deshalb gingen und gehen die Proteste weiter. Das Bündnis „Neckar-Castorfrei“ organisierte im Juli einen Anti-Atom-Spaziergang in Lauffen. Für den nächsten Transport ist ebenfalls in Lauffen eine Mahnwache angemeldet. Kommt vorbei oder unterstützt die Proteste möglichst laut, bunt und vielfältig! Informationen findet Ihr auf Neckar-castorfrei.de, dem Twitteraccount von Neckar Castorfrei. Ihr könnt Euch auch in den SMS-Alarm eintragen. Wir wollen gemeinsam die weitere Produktion von hochradioaktivem Atommüll und das unnötige Verschiffen auf dem Neckar verhindern. Wir fordern die Stilllegung aller Atomanlagen weltweit und einen castorfreien Neckar!

*Paula, Hamburg, und Julian, Berlin*

*Ungewöhnliche Atommülltransportstrecken erfordern ungewöhnliche Protestfahrzeuge – abschütteln lässt sich der Protest nicht*



Fotos: ROBIN WOOD

Mehr Infos unter:  
 - <https://nekar-castorfrei.de/>  
 - [www.robinwood.de/schwerpunkte/atom](http://www.robinwood.de/schwerpunkte/atom)



Fotos: ROBIN WOOD/Christensen

ROBIN WOOD kritisierte den G20-Gipfel, weil die dort zusammenkommenden Staats- und Regierungschefs am Ausbau einer profitorientierten Wirtschaft zu Lasten von Mensch und Natur festhalten. Sie setzen voll auf Wachstum und ducken sich weg, wenn es darum geht, auf nationaler Ebene konkrete Klimaschutz-Maßnahmen zu beschließen.

## G20 – mit Mut und Kreativität Zeichen für Klima und Natur setzen

Am 7. und 8. Juli 2017 traf sich die selbsternannte „Gruppe der 20“ in Hamburg, um über Klimaschutz, Wirtschaftsabsprachen und Flüchtlingspolitik zu beraten.

Der Gipfel brachte keine Fortschritte bei der Lösung globaler Probleme, wie bereits im Vorfeld erwartet wurde. Die G20-Staaten verfolgen eine primär auf Wirtschaftswachstum und private Profitinteressen ausgerichtete Politik. Keine Regierung gibt dem Schutz von Natur, Umwelt und Klima den notwendigen Vorrang in ihren Entscheidungen.

ROBIN WOOD fordert ein gutes Leben für Mensch und Natur statt Wachstum um jeden Preis und hat mit aufgerufen zu der Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“, die am letzten Gipfeltag, dem 8. Juli, 80.000 Menschen in Hamburg auf die Straße brachte. Auch Aktive von ROBIN WOOD waren für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit mit dabei. ROBIN WOOD setzt auf die Stärkung emanzipatorischer Basisbewegungen weltweit – nicht auf elitäre Gipfeltreffen wie G20. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, waren wir schon im Vorfeld aktiv.

## Do it yourself – von der Polizei nicht gern gesehen

*Hamburg, 5. Juli 2017:* Die Stadt war im Ausnahmezustand. Sie wirkte wie belagert von 20.000 Polizist\*innen und allem, was der Polizeiapparat aktuell aufzubieten hat. Grundrechte? Standen auf dem Papier. Ermutigend war, wie viele Menschen das nicht hinnahmen. An etlichen Stellen in der Stadt entstanden kleine Camps, Gemeinden billigten den Zeltaufbau auf Kirchgrund, Menschen trafen sich zum hedonistischen Cornern, es gab Kunstaktionen wie #1000Gestalten ...

Auch ROBIN WOOD-Aktive wollten an dem Tag ein Zeichen des Protests setzen – doch Polizeikräfte schritten dagegen ein. Sie kassierten zwei Banner, bevor die Kletter\*innen sie in Sichtweite der Elbphilharmonie am Vordach des Musical-Gebäudes von „König der Löwen“ anbringen konnten.

Die Polizei hielt die Aktiven über Stunden vor Ort fest, durchsuchte sie akribisch, filmte alle Gegenstände und registrierte Personalien – obwohl den Beteiligten juristisch nichts vorzuwerfen war.

Die Beschäftigten des Musical-Theaters waren den Aktiven gegenüber wohlgesonnen und versorgten sie mit Kaffee. Eine Weile nachdem die polizeiliche Maßnahme begonnen hatte, wurde von Mitarbeitenden des Stage Theaters übermittelt, dass die Geschäftsführung keine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs stellen werde. Daraufhin änderte die Polizei die Rechtsgrundlage ihrer Maßnahme von „versuchtem Hausfriedensbruch“ zu „Gefahrenabwehr“ und begründete dies damit, dass die Aktivist\*innen möglicherweise in den folgenden

Tagen Hausfriedensbruch an anderer Stelle begehen könnten. Dies zeigte, dass es der Polizei darum ging, friedliche Protestierende in ihrer Meinungsäußerung zu behindern. Denn dass es sich um eine kreative Form und damit eine legitime Form des Protestes handelt, gab der Einsatzleiter im Gespräch mit den Aktivist\*innen zu.

Während des gesamten Polizeieinsatzes kamen schätzungsweise über 100 Polizist\*innen vorbei. Letztendlich beschlagnahmte die Polizei die Transparente und behielt sie bis nach dem G20-Gipfel ein – „zur Gefahrenabwehr“.

## There is no Planet B – NoG20

*Hamburg, 6. Juli 2017:* Am Anreisetag der Staatschefs zum G20-Gipfel nach Hamburg entrollten Aktive von ROBIN WOOD zur Begrüßung an der Fassade des Kunsthauses Hamburg am Klosterwall gegenüber den City-Hochhäusern ein 60 Quadratmeter großes Transparent mit der Aufschrift „There is no Planet B“. Sie behaupteten damit ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung im öffentlichen Raum. Das Kunsthaus, wo auch die Auftaktkundgebung am 8. Juli stattfand, liegt auf dem Weg zwischen Messehallen, Elbphilharmonie und zahlreichen Hotels der G20-Teilnehmenden.

„Wir sind ein öffentlicher Ort im Herzen von Hamburg und hängen uns aus gegebenem Anlass mit dem markanten Claim von ROBIN WOOD aus dem Fenster“, sagte Katja Schroeder, Geschäftsführerin vom Kunsthaus Hamburg. „Es gibt kein

*Protestbanner am Boden - Kletter\*innen wohlauf: Die Polizei kassierte das Banner ein, bevor Aktive sich damit in Sichtweite der Elbphilharmonie für wirksamen Klimaschutz einsetzen konnten*





Foto: ROBIN WOOD/Christensen

„Ausstieg aus der Kohle!“, forderten die Aktiven von ROBIN WOOD bei der Großdemo am 8. Juli

klimaneutrales Wachstum“, ergänzte ROBIN WOOD-Referentin Monika Lege. „Klimaschutz erfordert die Abkehr von unserer wachstumsbasierten Wirtschaftsweise, denn wir haben keinen Planeten B in der Schublade.“

### Bannerprotest bei Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“

*Hamburg, 8. Juli 2017:* Fast 80.000 Menschen beteiligten sich an der Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“. Auch zahlreiche ROBIN WOOD-Aktivist\*innen liefen mit. Zudem kommentierten sie auf einem Banner mit der Aufschrift „Don't sell the climate – End coal now“ die Klimapolitik und forderten den Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Das Banner entrollten sie im Rahmen einer Abseilaktion am Vormittag in unmittelbarer Nähe der Demonstrationsroute an einem Gebäude gegenüber des Hamburger Hauptbahnhofs. Ergänzt wurde das Riesenbanner durch kleinere Fahnen: „System change not climate change“ stand darauf.

„There is no Planet B“, mahnte ROBIN WOOD an der Fassade des Kunsthauses am 6. Juli in Hamburg



Foto: Sylvester Kaben

## Wagenplatz beteiligt sich am Hessestag

*Rüsselsheim, 10. Juni 2017:* Ziemlich am Ostrand des Hessestags-Geländes in Rüsselsheim befindet sich der Wagenplatz. Dessen Bewohner\_innen beteiligten sich mit einem eigenen Programm am Landesfest, in dessen Mittelpunkt politischer Aktivismus, Umweltschutz und Konsumkritik standen.

Zum Auftakt war ROBIN WOOD-Referentin Monika Lege zu Gast mit einer Bilder-geschichte zum Thema Mobilität, Klimaschutz und direkte Aktionen. Insbesondere widmete sich die Präsentation mit dem Titel „Schnell und billig den Planeten grillen?“ der Vielfliegerei als klimaschädlichster Form des privaten Konsums. Erfreulicher Nebeneffekt der Veranstaltung: Die regionale Presse berichtete ausführlich über das Kontrast-Programm des Wagenplatzes zur aufwändigen Fraport-Werbung während des Hessestages.



Foto: ROBIN WOOD/Lege

Passend zu „grüner Mobilität“: Impressionen vom Bauwagenplatz

## Berlin: Umweltfest

*Berlin, 11. Juni 2017:* Wie in den letzten Jahren bot die Berliner ROBIN WOOD-Gruppe Schnupperklettern und einen Infostand auf dem Umweltfest vor dem Brandenburger Tor an. Die Aktiven saßen bei feinem Wetter unter einer Plane, die vor der Sonne schützte und hatten gefühlt sehr viel mehr Gespräche mit Interessierten und Neugierigen als in den vergangenen Jahren.

Besonders viele Fragen kamen in diesem Jahr zum Thema Palmöl und wie man es vermeiden kann, Produkte mit Palmölbeimengung zu kaufen. Die Interessierten wünschten sich dazu einen Flyer mit Empfehlungen und in welchen Produkten Alternativen zum Palmöl verarbeitet würden.



Foto: ROBIN WOOD/Kaben

## Köln: Tag des guten Lebens

*Köln, 18. Juni 2017:* Nach langen Vorbereitungen war es endlich soweit: Am Sonntag, den 18. Juni, waren die 30 Straßen in Köln-Deutz endlich autofrei und NachbarInnen und Initiativen mit über 200 Aktionen dort vertreten. Ohne Lärm, Enge und Gefahr durch Autos konnte man bei schönstem Sommerwetter zwischen 11 und 20 Uhr gemütlich durchs Viertel (Veedel) spazieren und schauen, was so geboten wurde.

Es gab viel Live-Musik (Chöre, Pop-Bands, Orchester auf drei Bühnen), Comedy und Theater, Ateliers, Aktionen für Kinder (Kartons stapeln, Tischtennis, Slackline, Zirkus etc.) und Informationen von Vereinen und Verbänden. Außerdem gab es Urban Gardening, Foodsharing, private Flohmarktstände und vieles mehr. Die tausenden Besucher genossen sichtlich die Ruhe, den Freiraum und die friedliche Atmosphäre.

Die ROBIN WOOD-Gruppe Köln informierte an ihrem Stand mit einem „Kaffeebecher-Monster“ zur Problematik von Wegwerfbehältern, bot ausgediente Kleidung zum Tausch oder gegen kleine Spende an, informierte zum Stromwechsel und zum Thema Recyclingpapier und verschenkte vegane Rezepte.

Es war ein toller Tag mit vielen interessanten Gesprächen. Hoffentlich findet die Idee viele NachahmerInnen in anderen Städten. Für Köln hat dieses Konzept in Köln-Ehrenfeld, Köln-Sülz und Deutz schon viel bewegt – hin zum „Buen Vivir“, hin zum guten Leben.



Foto: ROBIN WOOD/Kahl



Fotos: Pay Numrich

# Mit dem Floß gegen Urantransporte

## Anti-Atom-AktivistInnen waren im Juni zwei Wochen mit dem ROBIN WOOD-Floß auf Neckar und Rhein unterwegs

Die Tour 2017 lief unter dem Motto: „Mal richtig abschalten – Urantransporte stoppen“ und wurde von ROBIN WOOD und ContrAtom gemeinsam mit lokalen Anti-Atom-Gruppen organisiert. Auf der 260 Kilometer langen Strecke über Koblenz und Bonn bis nach Köln haben die AktivistInnen auf dem Wasser, an Land und sogar in der Luft einiges unternommen, um Menschen über Atomtransporte zu informieren und sie zu ermuntern, selbst für den Atomausstieg aktiv zu werden.

Wie aktuell das Thema ist, zeigte sich gleich beim Start in Trier. Dort machten die FlößerInnen die Durchfahrt eines mit Uranerzkonzentrat beladenen Zuges öffentlich und dokumentierten sie per Video. In Bullay (Landkreis Cochem-Zell) seilten sich AtomkraftgegnerInnen mit Bannern gegen Urantransporte von einer Eisenbahnbrücke ab, über die solche Versorgungs-

transporte für die Atomindustrie rollen. Nach der Aktion ließen sich die KletterInnen auf das darunter im Wasser schwimmende Floß hinunter. In Cochem wurde das Floß von engagierten Menschen aus dem „Camp gegen Atomwaffen“ in Büchel empfangen. Dabei war auch die militärische Bedeutung des Urans Thema. In Büchel sind rund 20 Atombomben des US-Militärs einsatzbereit stationiert. Die AktivistInnen verbindet die Forderung, Abbau und Anreicherung von Uran zu beenden, um jegliche Nutzung der Atomkraft auszuschließen.

Die Crew nutzte die Tour zur Vernetzung mit lokalen Anti-Atom-Initiativen. Vor Ort aktive AtomkraftgegnerInnen organisierten in Trier, Koblenz, Bonn und Köln Diskussionsveranstaltungen. Zwischen Aktionen, Infostand und Pressearbeit fand die Crew auch Zeit, das gemeinsame Leben an Bord zu genießen, zusammen zu kochen, zu plaudern und baden zu gehen.

Die diesjährige Floßtour gegen Urantransporte ist zu Ende. Die Arbeit aber geht weiter, solange der Uran-Nachschub für Atommeiler – wider alle Atomausstiegsversprechen – quer durchs Land rollt: Atomtransporte stoppen und alle Atomanlagen dicht machen!

*Einen lebendigen Eindruck vom politischen Leben auf dem Floß gibt auch ein aktuelles Video des Filmemachers Willfried Jaspers: <http://bit.ly/2s9DF59>*

*Weitere Informationen rund um die Tour und Urantransporte finden Sie unter: [www.flostour.de](http://www.flostour.de), [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de)*



# Anklopfen bei König Olaf in Hamburg

## Eine Unterschriftenübergabe und ihre Folgen

Diese kleine Geschichte wirft ein Schlaglicht auf das Verhältnis von Regierenden und Regierten. Sie spielt aktuell in Hamburg, und rund 4.000 UnterstützerInnen von ROBIN WOOD sind daran mittelbar beteiligt. Denn sie haben einen Appell der Umweltorganisation unterzeichnet, der sich gegen Urantransporte über den Hamburger Hafen richtet. Diese Transporte sind gefährlich und unverantwortlich, weil sie allein dazu dienen, Atomkraftwerke mit Brennstoff zu beliefern. Adressat des Anti-Atom-Protestes: der Erste Bürgermeister der Hansestadt, Olaf Scholz.

Um sicherzustellen, dass der Protest den Adressaten auch erreicht, schnüren vier Aktive von ROBIN WOOD ein Paket mit sämtlichen Unterschriften und melden sich telefonisch in der Senatskanzlei im Hamburger Rathaus an. Dort wollen sie die Unterschriften am 17. Dezember 2015 übergeben und dies fotografisch dokumentieren.

Doch das etwa zehninütige Warten vor dem Rathaus auf die Mitarbeiterin, die die Unterschriften entgegennehmen soll, ist offenbar schon ein Zuviel der Bürgernähe. Mehrere Polizeibeamte umringen die Vier, verlangen deren Personalien und bestehen darauf, dass sie aus dem Bannkreis verschwinden. Es gibt Diskussionen mit den Beamten, die erst enden, als die Unterschriften übergeben sind und die AktivistInnen direkt danach den Rathausplatz verlassen.

Monate später schickt die Hamburger Polizei ihnen Bußgeldbescheide nach Hause. Der Grund: Sie hätten „innerhalb des befriedeten Bannkreises“ (...) „verbotswidrig an einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel“ teilgenommen. Zu zahlen sei eine Geldbuße zuzüglich Auslagen und Gebühren von 228,50 €. Bei vier Beteiligten summiert sich das auf 914 €.

Wie obrigkeitstaatlich geht es zu im Reich von König Olaf? Dürfen jetzt nicht einmal mehr nach vereinbarten Terminen

BürgerInnen an der Rathausür erscheinen, um Unterschriften zu überreichen? Die Vier wollen und können das nicht einsehen und legen Widerspruch gegen die Bescheide ein.

Der Vorgang landet beim Amtsgericht. Die AktivistInnen schalten einen Anwalt ein. Schriftwechsel mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht gehen hin und her. Ein Hauptverhandlungstermin wird angesetzt und wieder aufgehoben – nur wegen des Versuchs, Unterschriftenlisten im Rathaus abzugeben. Es dauert bis zum 10. April 2017 bis das Amtsgericht Hamburg die Verfahren einstellt. Die Kosten dieses behördlichen Vorgehens gegen zivilgesellschaftliches Engagement trägt die Staatskasse – also die HamburgerInnen.

### Bannkreis und Bußgelder statt Bürgernähe

Die Regierenden schützen sich mit einem Bannkreis und Bußgeldern vor vier Leuten, die sich für Umwelt und Gesundheit einsetzen, Unterschriften sammeln und an den Bürgermeister appellieren. Wie absurd! So entsteht Verdrossenheit über die Arroganz der Macht, und die Kluft zwischen Regierenden und Regierten wächst.

Derweil laufen die Urantransporte über den Hamburger Hafen Woche für Woche weiter – entgegen dem Versprechen, das Rot-Grün 2015 im Koalitionsvertrag gegeben hat.

Der Protest dagegen ist vielfältig und lässt sich so einfach nicht bannen.

*Ute Bertrand, [ute.bertrand@robinwood.de](mailto:ute.bertrand@robinwood.de)*

*Verbotene Versammlung? ROBIN WOOD-Aktive mit Unterschriften gegen Atomtransporte durch den Hamburger Hafen*

### Bannkreis – Was ist das?

Länderparlamente, der Bundestag und das Bundesverfassungsgericht sind von einem Bannkreis umgeben, in dem öffentliche Versammlungen nur ausnahmsweise erlaubt sind. Das gilt auch für das Rathaus im Stadtstaat Hamburg. Durch diesen „befriedeten Bezirk“ soll verhindert werden, dass die Arbeit der Bürgerschaft gestört oder ein freier Zugang zum Rathaus behindert wird. Der Gesetzgeber zog damit Konsequenzen aus Erfahrungen in den 1920er Jahren, als eine große Menschenmenge die Deutsche Nationalversammlung in Berlin erstürmte. Damals wurden über 40 DemonstrantInnen erschossen und viele weitere verletzt.

Hätten die vier UmweltschützerInnen eine Erstürmung des Rathauses geplant, wären sie das vermutlich etwas anders angegangen – ohne vorherige Anmeldung und mit etwas mehr Beistand.



Foto: ROBIN WOOD/Bertrand



*Besonders für Palmöl-  
diesel werden Regen-  
wälder gerodet und  
Torfmoore in Indonesien  
abgefackelt*

Foto: Wolfgang Resmerl/pixelio.de

# Kein Tropenwald im Tank!

*Spätestens nach den großen Waldbränden in Indonesien im Jahr 2015 wurde einer breiten Öffentlichkeit bekannt, dass sich der Anbau von Palmöl zu einem bedeutenden Anheizer der Klimakrise entwickelt hat. Knapp die Hälfte der Feuer fand damals auf Konzessionsflächen der Palmölindustrie statt. Brandrodungen sind in der Branche weit verbreitet, um billig neue Anbauflächen zu erschließen. 1.500 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> haben die Feuer damals in die Luft geblasen. Das ist so viel wie Japan in einem Jahr emittiert.*

Weniger bekannt ist allerdings, dass mittlerweile fast die Hälfte des nach Europa importierten Palmöls im Tank landet. Schon jetzt pusten die deutschen AutofahrerInnen, oft ohne es zu wissen, mit jeder Tankfüllung auch ein Stück Regenwald durch den Auspuff. Im Schnitt basieren inzwischen 1,7 Prozent einer jeden Dieseltankfüllung auf Palmöl.

## Agrokraftstoffe sind Klimakiller

Agrokraftstoffe, meist Biokraftstoffe genannt, wurden lange als klimafreundliche Alternative zu fossilen Kraftstoffen betrachtet und entsprechend gefördert. Nur sehr langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass Agrokraftstoffe keineswegs Heilsbringer für das Klima sind, sondern im Gegenteil größtenteils wahre Klimakiller. Das gilt insbesondere für Palmöldiesel, für den Regenwälder gerodet und Torfmoore abgepackelt werden. Neuere Untersuchungen zeigen, die Klimagasemissionen von Palmöldiesel sind dreimal höher als bei Diesel aus Erdöl.

Aber auch alle andere Agrokraftstoffe auf der Basis von Feldfrüchten schneiden schlechter ab als fossile Kraftstoffe, wenn man konsequent alle ökologischen Folgen berücksichtigt. Das gilt insbesondere für Agrodiesel auf der Basis von Ölfrüchten,

wie etwa Raps oder Soja, aber auch für Agroethanol aus Mais oder Zuckerrohr. So ist zum Beispiel Soja-Diesel zweimal so schädlich für das Klima wie fossiler Diesel. Bei Raps entstehen immerhin noch 20 Prozent mehr Treibhausgasemissionen.

Nur theoretisch könnten Biokraftstoffe aus einigen wenigen Reststoffen in Zukunft ökologisch sinnvoll sein. Dazu gehören zum Beispiel kommunale Abwässer und Mist. Aber diese Stoffe sind nur in sehr begrenztem Umfang verfügbar und lassen sich zum Teil in anderen Bereichen sinnvoller einsetzen. Auch diese Biokraftstoffe werden vermutlich keinen nennenswerten Beitrag für eine umweltfreundliche Mobilität leisten.

Agrokraftstoffe dienen von jeher vor allem als grünes Feigenblatt, um der Autoindustrie ein „weiter so wie bisher“ zu ermöglichen. Um Daimler, VW, BMW & Co. vom Druck zu befreien, ihre Autos effizienter zu machen, wurde 2005 von der deutschen Regierung die Idee mit der Beimischung entwickelt und in der EU durchgesetzt. Damit sollten Treibhausgas-Emissionen verringert werden, die durch die laschen Vorgaben von Verbrauchswerten nicht eingespart werden konnten. In Deutschland wird die europäische Vorgabe mit einer Treibhausgasquote umgesetzt. Unternehmen, die Kraftstoffe in Verkehr bringen, sollen durch das Beimischen von Agrokraftstoffen Emissionen sparen. Nur dass Agrokraftstoffe eben keine Emissionen einsparen, wenn man genau hinguckt.

## Großteil der Klimagase wird verschwiegen

Die falsche Annahme, dass Agrokraftstoffe besser für das Klima sind als fossile Kraftstoffe, beruht darauf, dass von offizieller Seite bei der Betrachtung der Treibhausgasbilanz bisher der Großteil der

Emissionen schlichtweg ignoriert wird. Die Rede ist von Emissionen aus indirekten Landnutzungsänderungen. Diese entstehen, wenn zum Beispiel Ölpalmen für Agrodiesel auf bereits bestehenden Ackerflächen angebaut werden und der Ölpalmanbau für den heimischen Markt auf bewaldete Flächen ausweicht. Die Klimaemissionen, die mit der Rodung dieser Waldflächen verbunden sind, fließen bisher in keiner Weise in die Klimabilanz der Agrokraftstoffe ein. Lediglich die Emissionen aus Verarbeitung, Transport und direkter Landnutzung werden berücksichtigt. Diese sind aber im Vergleich zu den Emissionen aus indirekten Landveränderungen fast schon marginal. Die realen Klimaauswirkungen werden so in keiner Weise transparent.

## Palmölindustrie profitiert doppelt

Die Palmölindustrie profitiert gleich doppelt. Zum einen wird so verschwiegen, wie klimaschädlich Agrokraftstoffe eigentlich sind und zum anderen kann sie so die EU-Nachhaltigkeitsstandards für Agrokraftstoffe formal einhalten, wonach Palmöl nicht auf ehemaligen Primärwaldflächen angebaut werden darf. Dass aber dann für Ölpalmen für den europäischen Nahrungsmittelsektor, wo keine verbindlichen Standards gelten, oder den einheimischen Palmölbedarf Regenwälder gerodet werden, interessiert hier in Europa niemanden mehr.

Ausgeblendet wird dabei auch, dass die ohnehin schon niedrigen Nachhaltigkeitsstandards für Agrokraftstoffe immer wieder missachtet oder geschickt umgangen werden und dass der Anbau von Palmöl regelmäßig die Rechte der indigenen Bevölkerung verletzt. Die bestehenden Nachhaltigkeitsstandards haben daher bisher den Tropenwald und die Landrechte der dort lebenden Menschen nicht schützen können.

## Europäisches Parlament fordert Aus für Palmöldiesel

Die Umweltverbände konnten nun einen ersten Erfolg verbuchen. Nach Jahren intensiver Lobbyarbeit hat das EU-Parlament im April mit überwältigender Mehrheit gefordert, bis 2020 kein Palmöl mehr zu Biodiesel zu verarbeiten. Derzeit wird die Erneuerbare-Energien-Richtlinie in Brüssel überarbeitet und damit die Weichen für die Agrokraftstoffpolitik bis 2030 gestellt. Hierzu liegt nun ein Vorschlag der EU-Kommission vor. Bisher beinhaltet der Vorschlag aber nichts, um den Gebrauch von klima- und umweltschädlichen Biokraftstoffen, wie zum Beispiel Palmöldiesel zu beenden.

Die EU-Kommission will lediglich die Menge auf 3,8 Prozent begrenzen, die fossilem Treibstoff beigemischt werden darf. Dies entspricht lediglich einer minimalen Reduktion gegenüber dem heutigen Niveau von knapp fünf Prozent. Auch frühere Verpflichtungen, bis 2025 aus Agrokraftstoffen auf der Basis von Ackerpflanzen auszusteigen und diese ab 2020 nicht mehr zu fördern, sind vorerst vom Tisch. Weiterhin werden die Treibhausgasemissionen aus indirekten Landnutzungsänderungen erneut nicht

berücksichtigt. Damit wird die Ökobilanz von Agrokraftstoffen weiter bewusst geschönt.

Derzeit wird der Kommissionsentwurf im Rat der Mitgliedstaaten beraten. Hier droht erfahrungsgemäß eine weitere Verwässerung, zumal einige EU-Länder Palmöldiesel in großem Stil produzieren. Spanien, Italien und die Niederlande stellen fast 80 Prozent des europäischen Palmöldiesels her. Hier könnte sich Widerstand gegen jeglichen Versuch formieren, Palmöldiesel weiter zu reglementieren. Auch die Bundesregierung hat gerade ein Gesetz erlassen, dass die Beimischung von Palmöldiesel zu herkömmlichen Diesel zusätzlich fördert. Nun darf dieser Mischdiesel auch auf die für Mineralölunternehmen verbindliche Treibhausgasminderungsquote angerechnet werden. Da Palmöl billig und einfach zu verarbeiten ist, wird dies den Anteil von Palmöl im Diesel weiter in die Höhe treiben.

## Massiver Gegenwind aus Indonesien

Die Erzeuger-Länder Indonesien und Malaysia setzen derzeit alle Hebel in Bewegung, um ein Palmölverbot für Agrodiesel zu verhindern. Vor allem Indonesiens

Regierung reagiert zunehmend nervös. Der Vorstoß des Europäischen Parlaments wird als Verletzung des freien Handels und als Auftakt eines Handelskrieges interpretiert. Umweltaspekte seien lediglich vorgeschoben. Der indonesische Handelsminister, Enggartiasto Lukita, drohte jüngst sogar damit, in Zukunft möglicherweise keine Flugzeuge der Marke Airbus mehr erwerben zu wollen.

Umwelt-NGOs werden in Indonesien nun noch mehr bedroht und behindert als zuvor. NGOs, die sich kritisch zu Palmöl äußern, werden verdächtigt, Agenten ausländischer Interessen zu sein, um die Palmölindustrie zu zerstören und so die wirtschaftlichen Interessen des Westens durchzusetzen. Eine Reihe indonesischer Parlamentsabgeordneter forderte bereits das Verbot von NGOs bzw. den Rauswurf von NGO-VertreterInnen.

Ein Verbot von Palmöldiesel, wie es das Parlament gefordert hat, ist richtig, reicht aber bei weitem nicht aus. Um weiteren Schaden für unser Klima und die Biodiversität abzuwenden, müssen wir baldmöglichst aus allen landbasierten Agrokraftstoffen aussteigen. Auch Soja, Kokosöl, Mais oder Holz gehören nicht in den Tank.

Auch bei den sogenannten fortschrittlichen Biokraftstoffen als bessere Alternative zu herkömmlichen Agrokraftstoffen ist Vorsicht geboten. Die Kommission schlägt vor, deren Anteil auf 6,8 Prozent zu steigern. Sie hofft so, die Kontroverse um den umweltschädlichen Einfluss von Agrokraftstoffen zu beenden. Denn ‚moderne‘ Biokraftstoffe gelten für gewöhnlich als ökologischer. Das ist aber oft ein Trugschluss. Einige Studien zeigen, dass der Biomasse aus Wäldern das größte Potenzial für fortschrittliche Biokraftstoffe zugesprochen wird. Das würde die für das Klima so wichtige Senkenfunktion der Wälder weiter schwächen sowie Tür und Tor öffnen für ökologisch bedenkliche Forstplantagen. Biokraftstoffe, welcher Art auch immer, sind nicht die Lösung. Nur umweltfreundliche Mobilität und Verkehrsvermeidung können unser Klima und unsere Wälder schützen.

**Tina Lutz, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin in Hamburg,**  
[tropenwald@robinwood.de](mailto:tropenwald@robinwood.de)

*Agrokraftstoffe sind Klimakiller: Jetzt fordert das EU-Parlament kein Palmöl mehr zu Biodiesel zu verarbeiten – ein Erfolg der Umweltverbände!*



Foto: FNPF

# Agrodiesel?

Die große Mehrheit will  
Tropenwald nicht im Tank!  
Auch das EU-Parlament  
will das nun nicht mehr:

Bitte helfen Sie mit Ihrer Spende,  
Regierungen zu überzeugen!

*Dieses Motiv ist auch als  
Poster erhältlich:  
[robinwood-shop.de/specials](http://robinwood-shop.de/specials)*

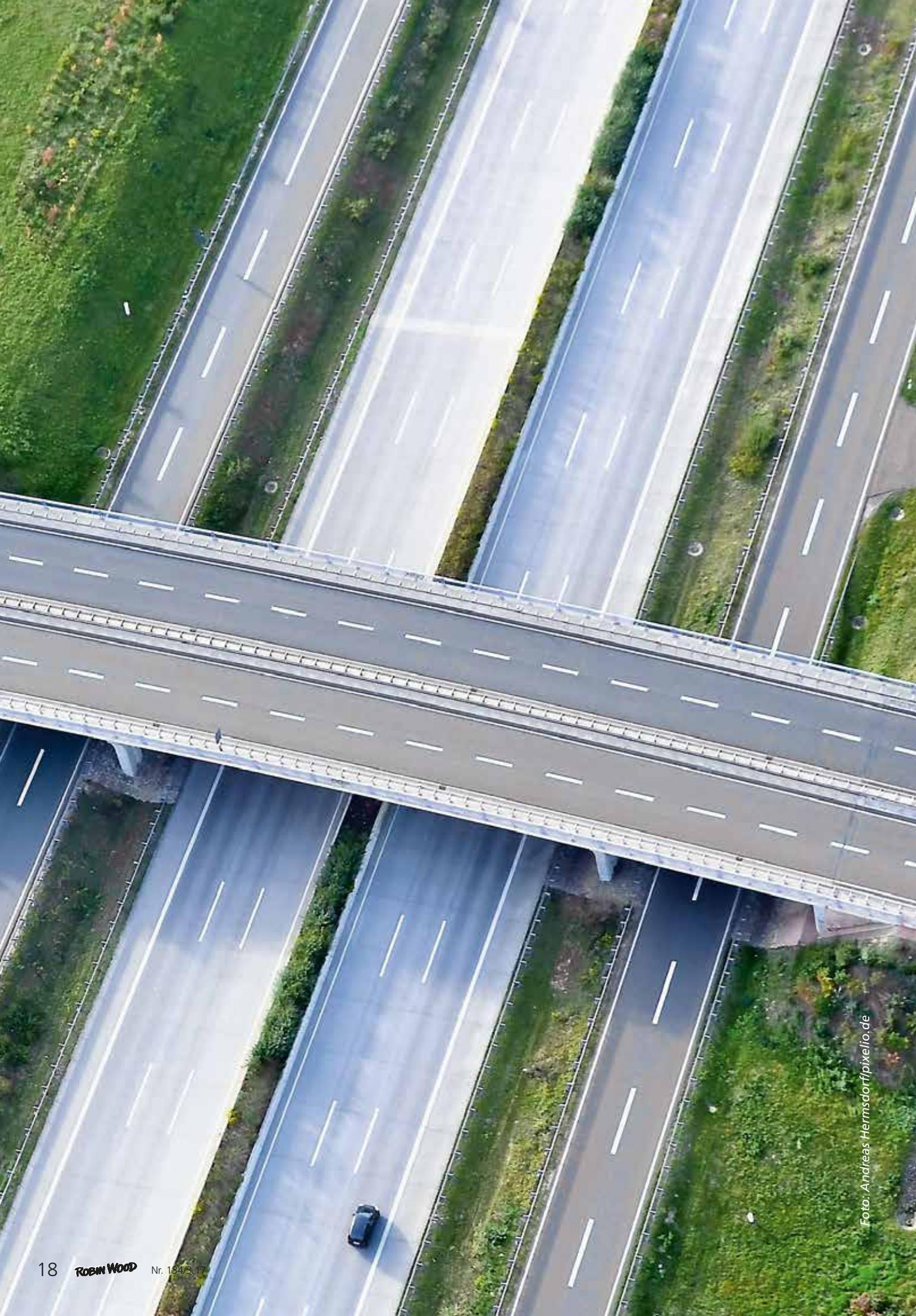


Foto: Andreas Hermsdorf/pixelio.de

## Autobahnprivatisierung:

# Kuhhandel auf Kosten von Demokratie, Umwelt und Gemeinwohl

10 Milliarden Euro haben die Bundesminister Dobrindt, CSU, und Schäuble, CDU, den MinisterpräsidentInnen der Länder für ihre Zustimmung zur Bundesfernstraßengesellschaft zugesagt. Zu diesem Preis und auf Kosten von Demokratie und Bürgerrechten haben Bundestag und Bundesrat am 1. und 2. Juni zugestimmt, eine „Gesellschaft privaten Rechts“ für den Bau und Betrieb von Bundesfernstraßen in Art. 90 (2) des Grundgesetzes zu schreiben. Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) bekommen so Verfassungsrang.

Die große Koalition hat ihre Mehrheit buchstäblich auf den letzten Drücker vor der Wahl genutzt, um die formale Privatisierung von Fernstraßen mit 455 Ja-Stimmen im Bundestag auf höchste Gesetzesebene zu heben. Der Protest unseres Bündnisses gegen Privatisierung hat dazu geführt, dass die Abstimmung um zwei Wochen verschoben wurde. Nach lautstark über die Medien orchestrierten Nachverhandlungen lobten sich die Regierungsparteien gegenseitig für nachrangige Gesetze, die angeblich eine materielle Privatisierung nach dem Pfusch am Grundgesetz erschweren. Doch diese mit der heißen Nadel gestrickten Gesetze können mit einfacher Mehrheit wieder gekippt werden.

Die Berichterstatterin der SPD, Bettina Hagedorn, sprach am 1. Juni in der Bundestagsdebatte vor der Abstimmung von einer „Sternstunde des Parlaments“. Doch unmittelbar im nächsten Satz offenbarte sie den 10-Milliarden-Euro-Kuhhandel mit den Ländern mit den Worten „es ist ein Paket, es ist ein Paket,

es ist ein Paket“. Sogar ihr Fraktionskollege Johannes Kahrs bemängelte anschließend vom gleichen Rednerpult, dass „wir Abgeordneten nicht beteiligt waren“. Die Abgeordneten entmachten sich selbst und die BürgerInnen. Denn wenn schon die Mitglieder des Bundestages nicht beteiligt wurden, waren es die Bürgerinnen und Bürger noch viel weniger.

Am 2. Juni hat in einem verkürzten Verfahren der Bundesrat der Grundgesetzänderung zugestimmt. Das Eilverfahren zur Grundgesetzänderung ist beispiellos. Das intransparente und undemokratische Verfahren passt zum Projekt: Eine privatrechtlich verfasste Autobahngesellschaft blockiert nicht nur eine integrierte Verkehrsplanung zum Schutz von Klima und Umwelt. Sie hebt auch die jetzt schon unzureichende Bürgerbeteiligung beim Fernstraßenbau aus.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und Teil der Daseinsvorsorge. Eine privatrechtliche Gesellschaft für den Bau und Betrieb von Straßen dient nicht dem Gemeinwohl und hat im Grundgesetz nichts zu suchen. Auf bis zu 200 Milliarden Euro wird der Wert des deutschen Autobahnnetzes geschätzt. Die Bundesautobahngesellschaft würde das Ziel der integrierten Verkehrsplanung endgültig beerdigen. Es ginge dann um die Durchsetzung von Straßenbau-Prestigeprojekten zu Lasten von Klimaschutz und Natur.

*Monika Lege, [verkehr@robinwood.de](mailto:verkehr@robinwood.de)  
ROBIN WOOD-Fachreferentin Mobilität*

Berlin: Kundgebung gegen Autobahnprivatisierung vor dem Bundestag am 15. Mai 2017



Foto: Klaus Ihlau

# ÖPP: Öffentlich-private Plünderung

## Was die Privatisierung der Autobahnen mit G20 und Afrika zu tun hat

*Nicht nur in Deutschland verwandelt die Bundesregierung die öffentliche Daseinsvorsorge in Anlageobjekte der Finanzindustrie. Im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft will sie nun auch afrikanische Infrastrukturen für transnationale Konzerne erschließen.*

Im Eiltempo peitschte die Große Koalition die seit vielen Jahren größte Privatisierung der Daseinsvorsorge durch. Am 1. Juni stimmten die Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD einem Gesetzespaket zu, das die funktionale Privatisierung von Autobahnen und Schulen in Form öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPPs) vorantreiben soll. Tags darauf gab auch der Bundesrat einstimmig seinen Segen zu den geforderten Änderungen des Grundgesetzes und mehrerer Begleitgesetze.

### Öffentliche Infrastruktur als Goldesel

Die nunmehr beschlossene Bundesfernstraßengesellschaft darf künftig Autobahnabschnitte von einer Länge bis zu 100 Kilometern an private Betreibergesellschaften übertragen. Einnahmen aus der PKW-Maut verwandeln sich dann in Profite der privaten Betreiber und ihrer Finanziers, vornehmlich Baukonzerne, Banken und Versicherungen. Bisher existieren ÖPPs erst bei fünf Prozent des deutschen Autobahnnetzes.

Das Gesetzespaket betrifft auch das Bildungswesen. Bundeshilfen für finanzschwache Kommunen koppelt die Große Koalition an die Option, den Bau und Betrieb von Schulen ebenfalls an Konzerne abzugeben. Bei diesen Modellen mieten die Kommunen ihre eigenen Schulen von kommerziellen Betreibern zurück, dies meist zu überhöhten Mieten.

Mit ihrem Privatisierungsbeschluss setzte die Große Koalition Forderungen der Industrie um. Das Konzept zum Ausverkauf öffentlicher Infrastrukturen stammt von einer Expertenkommission des Wirtschaftsministeriums, die Sigmar Gabriel 2014 einberief. Zu den Mitgliedern der Kommission unter der Leitung von DIW-Chef Marcel Fratzscher gehörten auch Manager der Deutschen Bank, der Allianz und der Ergo-Versicherung.

### GroKo: Die Wünsche der Konzerne sind ihr Befehl

In einem gemeinsamen Positionspapier fassten die Verbände der Bauindustrie (HDB) und der Versicherungswirtschaft (GDV) im Anschluss an die Kommission ihre Forderungen zusammen:

- Der Staat solle mehrere Vorhaben zu größeren Projekten bündeln, denn für Investoren seien „Finanzierungen erst ab einer bestimmten Größenordnung wirtschaftlich vertretbar“.
- Die Infrastrukturen selbst, etwa Straßen oder Gebäude, „sollen öffentlich bleiben“, aber die „Planungs-, Bau-, Erhaltungs- und Betriebsleistungen“ fremdvergeben werden.
- Angesichts der Komplexität von ÖPPs brauche es daneben eine „Standardisierung der Verträge“.

Für Banken und Versicherungen, die den Betreibergesellschaften auf verschiedene Weise Finanzmittel bereitstellen, sind die ÖPPs eine überaus risikoarme Anlageform. Mit dem Staat als Partner und den langen Zeiträumen der Konzessionen (bis zu 30 Jahre) können sie auf den sicheren Zufluss von Mautgebühren oder Mieten setzen.

Investitionen in die Daseinsvorsorge sind daher für jene Finanzinstitute besonders attraktiv, die neben hohen Renditen auch langfristige Anlagen suchen. Hierzu

gehören Lebensversicherungen oder Pensionsfonds, wie etwa die Anbieter der Riesterrenten. Deren Geschäftsmodell gerät derzeit besonders unter Druck, da sie die ohnehin kläglichen Zahlungsverprechen ihrer Verträge aufgrund der Niedrigzinsen immer weniger aufrechterhalten können.

### Private Renditen auf Kosten des Allgemeinwohls

Mit den ÖPPs hilft der Staat dem aufgeblähten Finanzsektor aus der Patsche. Denn nach der Finanzkrise, den Bankenrettungen und der folgenden Sparpolitik herrschte Anlagenotstand. Dringend brauchten Versicherungen und Banken neue Anlagemöglichkeiten und solvente Schuldner, um die Renditeerwartungen ihrer betuchten Klientel zu erfüllen.

Doch das Allgemeinwohl bleibt bei ÖPPs auf der Strecke. Denn sie sind deutlich teurer als Bau- und Unterhaltsmaßnahmen der öffentlichen Hand. Der Bundesrechnungshof stellte fest, dass die ersten fünf Straßenbau-ÖPPs in der Bundesrepublik „um insgesamt über 1,9 Mrd. Euro teurer sind, als es eine konventionelle Realisierung gewesen wäre.“ Die Prüfer folgerten, „dass die bisherigen ÖPP-Projekte unwirtschaftlich sind.“

Ähnlich ernüchternd fielen die Befunde des Hessischen Rechnungshofs aus, der die Schul-ÖPPs des Landkreises Offenbach bewertete. Im Jahr 2004 übertrug der Kreis die Sanierung und den Betrieb von 89 Schulen an die Konzerne Hochtief und SKE. Doch statt der prognostizierten 52 Millionen Euro stiegen die jährlichen Kosten bis 2013 auf 83 Millionen. Bis zum Ende der Vertragslaufzeit 2019 sollen sie auf 95 Millionen Euro klettern - eine Kostensteigerung von 82 Prozent.

## Plünderung global: Der „Compact“ mit Afrika

Doch nicht nur in Deutschland sind CDU und SPD die Erfüllungsgehilfen der Finanzindustrie, sondern auch international. Im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft promotet die Bundesregierung einen ‚Compact with Africa‘, der auf ganz ähnliche Weise private Investitionen in die afrikanische Infrastruktur ankurbeln soll. Im Rahmen des G20-Compacts willigen interessierte afrikanische Regierungen in Reformen ein, die – so die Hoffnung – mit Privatinvestitionen in Straßen, Schulen oder Stadtwerke honoriert werden. Die Compact-Länder sollen Rahmenbedingungen schaffen, die für Banken und Konzerne ebenso attraktiv sind wie eine Investition in deutsche Autobahnen und Schulen.

Finanzminister Wolfgang Schäuble erläuterte, es gehe beim Compact vor allem darum, „das absolute Risiko von Investitionen durch verbesserte makroökonomische, wirtschaftspolitische und finanzielle Rahmenbedingungen zu verringern“. Erste Interessenten für G20-Compacts haben sich bereits gefunden, darunter Marokko, Tunesien, Äthiopien, Ruanda, Senegal, Ghana und die Elfenbeinküste.

### „Bankfähigkeit“: Die Vorgaben von IWF und Weltbank

Die erforderlichen Reformen müssen die Compact-Länder mit den internationalen Finanzinstitutionen Weltbank, IWF und Afrikanische Entwicklungsbank abstimmen. Erst wenn sie deren Segen haben, sollen potenzielle Privatinvestoren angesprochen werden. Denn die interessieren sich nur für die lukrativsten Filetstücke der öffentlichen Infrastruktur. Diese müssen also zunächst aufgespürt und in attraktive Anlageobjekte verwandelt werden.

In einem gemeinsamen Dokument fassen Weltbank, IWF und Afrikanische Entwicklungsbank ihre Anforderungen an die Compact-Kandidaten zusammen. Darin finden sich viele Forderungen wieder, die die deutsche Industrie bereits im Anschluss an die Fratzscher-Kommission aufstellte.

So sollen die Infrastrukturprojekte in verschiedenartigen Portfolios gebündelt werden, „um die unterschiedliche

Risikoneigung diverser Investoren zu befriedigen“, etwa jene von Pensionsfonds. Um die Aushandlung von Konzessionen und anderen ÖPPs zu beschleunigen, sollen ferner die zugrunde liegenden Verträge standardisiert werden.

Die Weltbank veröffentlichte bereits dazu passende Empfehlungen mit Standardklauseln für ÖPP-Verträge.

Diese spiegeln nahezu ausschließlich die Investoreninteressen wider. Sie sollen die Finanzierbarkeit der ÖPPs sicherstellen oder, wie es die Weltbank nennt, deren „Bankfähigkeit“ („bankability“). Akribisch listen die Standardklauseln der Weltbank all jene staatlichen Maßnahmen auf, an denen sich Investoren stören könnten und die daher potenzielle Vertragsverstöße darstellen. Hierzu gehören nicht nur sämtliche neuen Gesetze und Auflagen, sondern auch alle Änderungen bestehender Vorschriften. Selbst eine Erhöhung von Steuern kann demnach als Verstoß gegen den ÖPP-Vertrag gelten. In all diesen Fällen erlauben es die Standardklauseln den Investoren, von ihren vertraglichen Verpflichtungen zurückzutreten, vom Staat Entschädigungen zu verlangen und den ÖPP-Vertrag im Zweifel auch zu kündigen.

### Sonderklagerechte für Konzerne

Ergänzend fordern die internationalen Finanzinstitutionen von den Compact-Ländern, für strikten Investitionsschutz zu sorgen. Im Streitfall solle ausländischen Investoren das exklusive Recht eingeräumt werden, die nationale Gerichtsbarkeit zu umgehen und vor internationalen Schiedstribunalen Entschädigungen einzuklagen. Die Anrufung derartiger Tribunale ist in bilateralen Investitionsschutzabkommen und verschiedenen Handelsverträgen vorgesehen (etwa auch im EU-Abkommen mit Kanada CETA).

Mit den immer häufigeren Klagen vor Investitionstribunalen reagieren transnationale Konzerne auf ihnen unliebsame Auflagen. Ägypten etwa, das mit 28 bekannten Fällen meist beklagte afrikanische Land, ist derzeit in einen Investitionsstreit mit Veolia verwickelt. Der französische Konzern erhielt 2001 eine 15-jährige Konzession zum Betrieb der Müllentsorgung in Alexandria. 2012

jedoch reichte er eine Klage vor einem Investitionstribunal in Washington ein. Zum Ärger der Franzosen hatte Ägypten den Mindestlohn angehoben, Veolia aber eine daraufhin verlangte Erhöhung der Müllgebühren verweigert.

### „Prepaid Meter“: Kostendeckung für Investoren

Ganz im Sinne von Veolia fordern die internationalen Finanzinstitutionen nun auch, dass die Stadtwerke in den Compact-Ländern ihre Gebühren erhöhen, um ihre Kosten zu decken. Dadurch würden sie für ausländische Investoren attraktiv, die Konzessionen in der Wasser- oder Stromversorgung erwerben wollen.

Als konkrete Maßnahme empfehlen die Finanzinstitutionen den Versorgern die Verwendung der überaus umstrittenen „prepaid meter“. Dies sind Zählgeräte, die erst dann Wasser oder Strom freigeben, wenn die Kunden zuvor ein individuelles Konto aufladen. Dies geschieht über Chipkarten oder Codes, die zuvor gekauft und in die Zählgeräte einzugeben sind.

In Afrika gibt es „prepaid meter“ sowohl bei kollektiven Zapfstellen als auch in individuellen Haushalten. Aufgrund der relativ aufwändigen Technologie sind diese Systeme jedoch überaus teuer und erhöhen die Verbrauchskosten zusätzlich. In Südafrika sind diese Zählgeräte am weitesten verbreitet, doch seit Jahren wehren sich die Menschen gegen deren Einbau. In den Armenvierteln der Townships gründeten sich zahlreiche Selbsthilfegruppen, die gegen die „prepaid meter“ Widerstand leisten.

Auch dieses Beispiel zeigt, dass es den ÖPP-Propagandisten keineswegs um soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung oder den Schutz der Daseinsvorsorge geht. Vielmehr ist es ihr Ziel, die öffentlichen Infrastrukturen Stück um Stück in eine Anlagesphäre für den Finanzsektor zu verwandeln. Dessen Renditeerwartungen aber stehen im unauflösbaren Widerspruch zum Allgemeinwohl – in Deutschland ebenso wie in Afrika.

**Thomas Fritz**  
E-Mail: [info@thomas-fritz.org](mailto:info@thomas-fritz.org)  
[www.thomas-fritz.org](http://www.thomas-fritz.org)



23. Oktober 2016: Rote Linien gegen den Braunkohleabbau im Rheinland. Christen protestieren mit, sie fühlen sich durch den Papst in ihrem Widerstand gegen die Kohle bestärkt. „Wir wissen, dass die Technologie, die auf der sehr umweltschädlichen Verbrennung von fossilem Kraftstoff vor allem von Kohle (...) beruht, fortschreitend und unverzüglich ersetzt werden muss“ (Papst Franziskus, Umweltenzyklika 2015)

Foto: infozentrale

# Rote Linien gegen den Klimawandel

## Camps und Aktionen im Rheinischen Braunkohlerevier

*2017 steht das Rheinland im Mittelpunkt vielfältiger Proteste, Camps und Workshops gegen den Abbau der Braunkohle. Das Rheinische Revier ist die größte CO<sub>2</sub>-Quelle Europas und treibt damit den globalen Klimawandel an. Durch die Tagebaue werden – entgegen jeder energiepolitischen Notwendigkeit – noch immer Menschen zwangsumgesiedelt und Dörfer und Landschaften zerstört. Das Rheinland ist daher seit vielen Jahren ein wichtiger Ort des Protests, vielfältige Akteure stellen sich dort gegen den Abbau der Braunkohle: Sie engagieren sich für eine globale Energiewende von unten und für einen gerechten Strukturwandel in der Region. In diesem Jahr ziehen viele Menschen im Rheinischen Revier Rote Linien gegen den weiteren Braunkohleabbau!*

### Bildung und Vernetzung auf drei Camps

Vom 18. bis 29. August 2017 vernetzen drei Klima- und Zukunftscamps Menschen aus ganz Europa und aus unterschiedlichen politischen Bewegungen im Rheinland: das camp for [future], das Klimacamp im Rheinland und das Connecting Movements Camp. In Bildungs- und Kulturveranstaltungen beschäftigen sich die Camps mit Braunkohlewiderstand, Klimagerechtigkeit, Antirassismus, Feminismus, einer ökologischeren Landwirtschaft und vielem mehr!

Das Klimacamp im Rheinland richtet außerdem zum dritten Mal die Degrowth-Sommerschule aus, in der in mehrtägigen Kursen Alternativen zu einer kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt werden.

### Aktionstage im Rheinland 2017

Während der Aktionstage im Rheinland vom 24. bis 29. August treten an verschiedenen Orten viele Menschen solidarisch nebeneinander für das Ende der Braunkohleförderung, den Erhalt des Hambacher Waldes und eine globale Energiewende von unten ein.

Ein breites Bündnis aus Bürgerinitiativen, Umweltorganisationen und engagierten Einzelpersonen organisieren eine „Rote-Linie-Aktion“, das Bündnis „Ende Gelände“ eine Massenaktion zivilen Ungehorsams, das Jugendnetzwerk für politische Aktionen JunepA initiiert die niedrigschwellige Sitzblockade „Kohle erSetzen!“, die Kampagne „Zucker im Tank“ zielt auf Kleingruppenaktionen und die Gruppe Animal Climate Action tritt ebenfalls in Aktion.

Auf vielfältige Weise werden Menschen aktiv und ziehen rote Linien gegen den Kohleabbau: bis hierher und nicht weiter!

### Mitmachen!

Auch ROBIN WOOD-Aktive werden vor Ort sein. Wenn Du Dich uns anschließen und uns unterstützen möchtest, melde Dich unter: [energie@robinwood.de](mailto:energie@robinwood.de)

### Informationen zu den Aktivitäten anderer Gruppen findest du hier:

#### Klimacamps & Sommerschulen:

- camp for [future]: [www.campforfuture.de](http://www.campforfuture.de)
- Klimacamp im Rheinland: [www.klimacamp-im-rheinland.de](http://www.klimacamp-im-rheinland.de)
- Connecting Movements Camp: [www.klimacamp-im-rheinland.de/como](http://www.klimacamp-im-rheinland.de/como)
- Degrowth-Sommerschule: [www.degrowth.de/de/sommerschule-2017](http://www.degrowth.de/de/sommerschule-2017)

#### Protestaktivitäten:

- Massenaktionen zivilen Ungehorsams des Bündnisses „Ende Gelände“: [www.ende-gelaende.org/de](http://www.ende-gelaende.org/de)
- Aktion „Kohle erSetzen!“ des Jugendnetzwerks für politische Aktionen (JunepA): [www.kohle-ersetzen.de](http://www.kohle-ersetzen.de)
- Aktion von „Animal Climate Action“: [animal-climate-action.org/de](http://animal-climate-action.org/de)
- <http://zukunft-statt-braunkohle.de/rote-linie/>

#### Actionfinder:

[https://www.zuckerimtank.net/?page\\_id=293](https://www.zuckerimtank.net/?page_id=293)

#### Video:

Ein Video im Internet gibt einen Überblick über die Vielfalt der Aktionsformen der Klima- und Anti-Kohle-Bewegung und lädt zum Mitmachen ein: <https://vimeo.com/222328872>

*Die Organisator\*innen der Aktionstage im Rheinland*

# Rote Linien gegen Kohle

*Unter dem Motto #seidieroteLinie finden in diesem Sommer im Rheinischen Braunkohlerevier, „dem“ Hot Spot der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa, vielfältige, bunte und kreative Aktionen statt. Doch was hat es mit den „Roten Linien“ auf sich?*

## Rote Linie – ein Symbol der Klimabewegung seit Paris

Die Symbolik der „roten Linien“ zieht sich spätestens seit der Weltklimakonferenz COP 21 in Paris wie ein „roter Faden“ durch den Widerstand gegen die weltweite Klimazerstörung. Die Bilder von tausenden rotgewandeten Menschen, die trotz des Ausnahmezustandes im November 2015 in Paris auf die Straße gingen und hunderte von Metern lange rote Stoffbahnen mit sich trugen, gingen um die Welt und sendeten eine ausdrucksvolle Botschaft: „Bis hierhin und nicht weiter“. Die rote Linie der Demonstrierenden setzte ein dickes Ausrufezeichen hinter die Notwendigkeit von Klimaschutz und Klimagerechtigkeit.

Gary Evans, aktiv bei Divest Aachen, war in Paris dabei. Für ihn war die Ausbreitung des roten Banners auf der Straße vor dem Arc de Triomphe ein „emotionales und friedliches Ereignis“ – nicht nur eine Demonstration des eigenen Engagements, sondern auch ein Zeichen um die Opfer von Klimakatastrophen zu ehren und als Verpflichtung auch weiterhin für Klimagerechtigkeit zu kämpfen. Bei der Aktion in Paris waren es insbesondere auch AktivistInnen aus indigenen Gemeinschaften, die auf ihre unmittelbare existentielle Bedrohung durch den Klimawandel hinwiesen. Ihren Spirit hat Gary ins Rheinland mitgenommen. Und dies auch ganz handfest: Ein annähernd hundert Meter langes Stück Stoff aus Paris ist seitdem Teil zahlreicher Rote-Linien-Aktionen im Rheinland geworden – das „rote Band der indigenen Völker“.

## Rote Linien – nicht nur im Rheinischen Braunkohlerevier

Seit Paris gab es Rote Linien Aktionen unter anderem in Wales, Amsterdam und Tschechien. Eine Filmproduktion über die Geschichte der wachsenden Klimabewegung trägt den Titel „Beyond the red lines“. Das aus Paris mitgebrachte rote Band wurde bereits bei zahlreichen Aktionen unterschiedlichster Gruppen in NRW eingesetzt: nicht nur in Aachen, sondern auch in Dortmund, vor dem Kölner Dom, in Essen vor der RWE Konzernzentrale und vor der Grugahalle bei der Jahreshauptversammlung von RWE, ebenso wie vor der Düsseldorfer Staatskanzlei. Und es kamen neue rote Banner dazu, die nicht nur metaphorisch, sondern ganz

konkret rote Linien benennen, die nicht überschritten werden dürfen, wenn wir unser Klima retten wollen.

Die Symbolik der roten Linie weist auf eine Grenze hin, deren Überschreitung einem Tabubruch gleich kommt. Rote Linien als bildwirksame Protestaktionen stehen sowohl für eine symbolische als auch eine räumlich-materielle Grenzüberschreitung. Besonders aussagekräftig werden Aktionen, wenn beides zusammengebracht wird. Seit Jahren schwelt ein Konflikt um den Tagebau Hambach. Das Bündnis „Initiative Friedensplan“, ein breites Spektrum

gesellschaftlicher Gruppierungen, versucht einen Dialog zur Konfliktlösung in Gang zu bringen. Im März 2016 schlug das Bündnis erstmals die alte Autobahn A 4 als „rote Linie“ vor, die der Tagebau zukünftig nicht überschreiten dürfe. Doch RWE trotzte dieser Initiative und zahlreichen weiteren Appellen. Einzelne Aktive entschieden sich deshalb die Rote Linie zum Leben zu erwecken. Insgesamt 2.200 Menschen, vornehmlich aus der Region, entschieden sich daher zu Beginn und zum Ende der Rodungssaison 2016/17 im Hambacher Wald Teil dieser Roten Linie zu werden und mit ihren Körpern, rotgewandeten oder mit roten Accessoires versehen, ein eindrucksvolles Zeichen für den Erhalt des Waldes jenseits der Autobahn zu setzen.

## Rote Linie A 4 alt – Rote Linie A 61

Neben den ausdrucksstarken Bildern, tragen die selbst mitgebrachten roten Accessoires, das sich Einreihen und damit das bewusste Ziehen einer roten Linie, und nicht zuletzt das gemeinsame Tragen der Banner zu einem Verbundenheitsgefühl im Widerstand bei. Rote Linien kann jeder schnell und unkompliziert an jedem symbolhaften Ort ziehen.

**ROTE LINIE – STOPP:** Bis hierhin und nicht weiter!



KLIMA SCHÜTZEN! WALD RETTEN! BAGGER STOPPEN!

**AKTION**

**ROTE LINIE**

**GEGEN KOHLE!**

**AM TAGEBAU HAMBACH**

BITTE BRINGT ROTES MIT!

**SA. 26.8.2017, 12<sup>00</sup>**

KERPEN-MANHEIM/KERPEN-BUIR NÄHE  
HAMBACHER WALD/TAGEBAU HAMBACH KÖLN

WWW.ZUKUNFT-STATT-BRAUNKOEHLE.DE #SEIDIEROTELINIE





Foto: infozentrale

Den Ausstieg aus der Kohle fordern die DemonstrantInnen im Rheinland

## IrRWEg stoppen!

Im Rheinischen Braunkohlerevier, dem Städtedreieck zwischen Düsseldorf, Köln und Aachen blicken die Menschen, die in Nachbarschaft von drei Groß-Tagebauen leben, auf eine lange Tradition des Widerstandes zurück: Seit dem Aufschluss der Tagebaue in den siebziger Jahren wehren sich die Menschen gegen Zwangsenteignungen, Umsiedlung und Heimatverlust und hatten dabei immer auch die gravierenden negativen Umweltfolgen der Braunkohlegewinnung und -verstromung im Blick.

1983 formierte sich der Arbeitskreis Braunkohle beim BUND NRW, bereits 1984 schrieb die Hambach Gruppe Aachen in der Publikation „Problem-aufriss Braunkohle“ über die „Möglichkeiten des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung“. Gruppen wie Verheizte Heimat und Stopp Rheinbraun entstanden, konnten aber den Energieriesen RWE, der sich noch Rheinbraun nannte, nicht stoppen. Auch über 30 Jahre später versucht der Konzern RWE, unterstützt von lobbywilligen Politikern und Kommunen, eine kritische öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Braunkohle zu verhindern und den Widerstand als „gesellschaftlich unerwünscht“ darzustellen.

Doch seit einigen Jahren erfahren die derzeit aktiven braunkohlekritischen Gruppen und Initiativen aus der Region Unterstützung weiterer AkteurInnen, die sich gegen den Abbau der Braunkohle stellen. Sie engagieren sich für eine globale Energiewende von unten und für einen gerechten Strukturwandel in der Region. Auch in diesem August finden im Rheinland wieder vielfältige Proteste, Camps und Workshops gegen den Abbau der Braunkohle und für eine gerechtere Welt statt, denn durch die Tagebaue werden – entgegen jeder energiepolitischen Notwendigkeit – noch immer Menschen zwangsumgesiedelt und Dörfer und Landschaften zerstört.

Die meist ehrenamtlich geleistete Arbeit vor Ort, die vielen öffentlichkeitswirksamen Aktionen, die Diskussionen um den Klimawandel und die Fortschritte in der Energiewende haben auch die Bevölkerung im Rheinland sensibilisiert. Das Ansehen des Energiekonzerns RWE, der mit seinem starren Festhalten an der Braunkohleverstromung nicht nur das Erreichen der Klimaziele verhindert und die Energiewende torpediert, sondern auch die Arbeitsplätze der eigenen Mitarbeiter gefährdet, schwindet zunehmend.

Dennoch scheint die neue Kohlekoalition aus CDU und FDP in NRW weiterhin auf RWE zu bauen und an den Abbauplänen bis 2045 festhalten zu wollen. Daher ist der zivilgesellschaftliche Widerstand besonders gefragt, meint auch Irmgard Kahl, ROBIN WOOD Köln: „Mit der Braunkohleverstromung wird der Klimawandel weiter vorangetrieben. Wir müssen mit Aktionen wie „Ende Gelände“, Rote-Linie-Aktionen und Waldbesetzungen deutlich zeigen, dass wir dies nicht mehr wollen. Wir hoffen damit den Handlungsdruck in der Politik zu erhöhen und möglichst bald einen Ausstieg aus der Braunkohleförderung zu bewirken. Bei den AKW hat es ja auch geklappt.“

Jeder kann mithelfen, im Rheinischen Revier ein starkes Zeichen des Protests gegen die bestehende Politik, die der Kohle den Vorrang sichert, zu setzen.

*Antje Grothus lebt in Kerpen-Buir, unmittelbar am Tagebau Hambach. Sie ist seit 12 Jahren als Netzwerkfrau bürgerschaftlich aktiv, Mitorganisatorin der Rote-Linien-Aktionen, Initiatorin der Petition zur Rettung des Hambacher Waldes und Mitbegründerin der Bürgerinitiative „Buirer für Buir“. Kontakt: antje.grothus@buirerfuerbuir.de*



Foto: Tim Reckmann/pixelio.de

*InselbewohnerInnen werden bei steigendem Meeresspiegel umsiedeln müssen. Wer das 1,5 Grad-Limit einhält, rettet nicht nur Inselstaaten sondern langfristig auch die ganze Welt, so der Staatschef von Tuvalu*

# 1,5 to stay alive

## Bedeutung des 1,5 Grad-Limits für den Inselstaat Tuvalu

*„Schon vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Erwärmung ist Tuvalus Zukunft düster. Jede weitere Temperaturerhöhung wird den vollständigen Untergang Tuvalus bedeuten (...). Für die kleinen Inselstaaten, für die am wenigsten entwickelten Länder und für viele andere ist ein globales Temperaturziel von unter 1.5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau entscheidend. Ich appelliere an die EuropäerInnen, ihre Obsession mit 2 Grad sorgfältig zu prüfen. Selbstverständlich müssen wir die beste Zukunft anvisieren, die wir erreichen können, und nicht einen schwachen Kompromiss ... Lasst es uns für Tuvalu tun. Denn wenn wir Tuvalu retten, retten wir die Welt.“*

Mit diesem Statement beim Auftakt des historischen Pariser Klimagipfels erlangte der Staatschef von Tuvalu, Enele S. Soepaga, weltweit Beachtung. Die Einhaltung des 1.5-Grad-Ziels ist nicht nur für Tuvalu eine Überlebensfrage sondern für die ganze Welt.

Die Zahlen sind alarmierend: 26 Millionen Menschen verarmen jedes Jahr durch Naturkatastrophen, so die Ergebnisse einer Weltbank-Studie.

### Armutstreiber Klimawandel

Mit steigender Durchschnittstemperatur nimmt die Fragilität zu. Der Klimawandel ist zum größten Risikofaktor für das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) geworden: Während Schadenshäufigkeit und -ausmaß von nicht-klimabezogenen Naturkatastrophen wie Vulkanausbrüchen oder Erdbeben im langjährigen Mittel kaum schwanken, hat sowohl die Häufigkeit als auch die Intensität klima- und wetterbezogener sowie hydrologischer Katastrophen spätestens seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts deutlich zugenommen – und mit ihnen Schäden und Verluste.

Die Verluste an Menschenleben, die ökonomischen Schäden und die Zerstörung von Lebensräumen infolge klimabedingter

Naturkatastrophen haben bereits enorme Ausmaße angenommen – und werden auch bei einer drastischen Reduktion der Treibhausgasemissionen zunächst dramatisch zunehmen. Für den Zeitraum 1992 bis 2012 schätzt die UN die Zahl der Opfer auf rund 560 000 und das Schadensvolumen auf 1,36 Billionen Dollar. Die klimabedingten Schäden haben sich laut dem Versicherer Münchener Rück seit 1980 verdreifacht. Der Report des britischen Ökonomen Sir Nicolas Stern aus dem Jahr 2006 prognostiziert, dass die wirtschaftlichen Schäden durch den Klimawandel einem jährlichen Verlust von fünf Prozent des globalen Bruttonationaleinkommens entsprechen werden. Im vergangenen Jahrzehnt wurden jährlich rund 26 Millionen Menschen in der Folge von Umwelt- und Klimaveränderungen aus ihrer Heimat vertrieben.

Die umweltbedingte Migration könnte laut Internationaler Organisation für Migration in den nächsten Jahren auf über 200 Millionen Menschen steigen. Laut einer Studie des norwegischen Flüchtlingsrates verloren im Jahr 2013 über 22 Millionen Menschen ihre Heimat durch Stürme, Erdbeben, Schlammlawinen – dreimal so viele wie durch kriegerische Konflikte. Der Klimawandel richtet längst größere Schäden an als Bomben und Bürgerkriege.

Auch die nicht-ökonomischen Verluste von Biodiversität, Ressourcenzugang, Sicherheit, Heimat, Identität wirken entwicklungs-hemmend: Im Zusammenspiel mit Bevölkerungsdruck, schwacher Staatlichkeit und ethnisch oder religiös motivierten Konflikten können sie zu wichtigen Treibern von Gewaltkonflikten und Migration werden.

*„Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht schon heute die pazifischen Inselstaaten Kiribati, Tuvalu und die Marshall-Inseln.“*

Finanzminister und stellvertretender Premierminister von Tuvalu, hebt hervor, welches Glück sein Land hatte, dass der Zyklon keine Menschenleben forderte. Dies sei der sehr guten Katastrophenvorsorge des Landes zu verdanken. Man konnte die Bevölkerung rechtzeitig warnen.

Die Prioritäten im Inselstaat sind gesetzt: Vor allem für Anpassungsmaßnahmen an den Meeresspiegelanstieg sollen Finanzmittel eingesetzt werden. Sandsäcke und künstliche Zementbarrieren gibt es bereits, um die Küsten vor der Erosion durch die Gezeiten zu schützen. Mit aufwändigen Methoden werden neue Landflächen geschaffen. Mit Sand vom Meeresgrund der Lagune sollen das Atoll und damit auch die dörflichen Siedlungen höher gelegt werden.

Wäre es angesichts der Risiken des Klimawandels nicht auch eine Überlegung, einen Umsiedlungsprozess anzugehen, wie ihn der Inselstaat Kiribati bereits plant? „Auf gar keinen Fall siedeln wir um“, gibt der stellvertretende Premier Toafa zu verstehen. „Wenn der Staat Tuvalu untergeht, dann gehen wir mit Tuvalu unter, es wird kein Tuvalu II auf einem anderen Staatsgebiet geben. Was Tuvalu ausmacht, ist das Land, die Menschen, die Kultur und die Sprache – das lässt sich nicht umsiedeln“.

Zum Thema Umsiedlung merkt der Finanzminister entschieden an: „Das wäre das falsche Signal an die internationale Staatengemeinschaft, dass sie sich für Tuvalu nicht mehr anstrengen müssen – dann müssen sie sich auch für die Welt nicht mehr anstrengen.“

## Der Fall Tuvalu

Der Inselstaat Tuvalu im Pazifischen Ozean gehört mit seinen ca. 10.000 Einwohnern weltweit zu den vom Klimawandel am stärksten betroffenen Staaten. Besonders intensiv auftretende Stürme und der Meeresspiegelanstieg, verbunden mit extrem hohen Wellen, bedrohen den südpazifischen Inselstaat in seiner Existenz. Das Staatsgebiet umfasst nur 26 Quadratkilometer Landfläche. Im Durchschnitt liegt das Land lediglich zwei Meter über dem Meeresspiegel, der höchste Punkt vier Meter.

Bereits im Jahr 2005 brachte Zyklon Pam, der verheerendste Zyklon der letzten Jahre, sechs Meter hohe Flutwellen mit sich, die das Land komplett überschwemmten. Maatia Toafa,

Für Tuvalus Reverend Tafue Lusama gibt es bei klimabedingter Migration keine „Migration in Würde“ – ein Konzept, das von Anote Tong, damals Präsident von Kiribati, eingefordert wurde. „Die Menschen sind durch den Klimawandel gezwungen ihre Heimat zu verlassen. Das kann man nicht würdevoll gestalten“, betont er nachdrücklich. Schlussendlich sei es eine Katastrophe für jeden Einzelnen. Für Reverend Tafue und auch für Tuvalus Premierminister Enele S. Sopoaga steht dennoch fest, dass es eines völkerrechtlichen Rahmens für die Menschen bedarf, die klimabedingt keine andere Wahl haben, als ihre Heimat zu verlassen. Für diese Menschen müsse die internationale Staatengemeinschaft gerechte Lösungen finden. „Wir müssen dafür sorgen, dass internationales Völkerrecht für eine klimabedingte Migration geschaffen wird, denn wir wollen auf gar keinen Fall

## „Climate Justice how? – Die Klimagerechtigkeitsbewegung nach dem Pariser Abkommen“

Das Pariser Weltklimaabkommen vom Dezember 2015 formuliert ein hochambitioniertes Ziel: die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1.5 Grad. Wird dieses Ziel ernst genommen, so legt es eine klare Begrenzung der Menge der ab dem heutigen Zeitpunkt global emittierten Treibhausgase fest. Dieser Text ist ein weiterer Beitrag in unserer Debattenreihe um das 1.5-Grad-Ziel. Diskutieren wollen wir, welche Konsequenzen sich aus dem 1.5-Grad-Ziel und der aktuellen realen politischen Situation für die politische Praxis einer globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit ergeben. Welche Ziele, Prioritäten und Forderungen sind für die Klimagerechtigkeitsbewegung aktuell angemessen?

Klimaflüchtlinge sein!“, stellt Tafue klar. Für Regierungschef Sopoaga bleibt Migration eine eigene Entscheidung. Jeder, der Migrationspläne habe, solle dabei unterstützt werden – das habe aber nichts mit dem Klimawandel zu tun, sondern mit dem Grundrecht sich frei zu bewegen.

Tuvalu Premier unterstreicht, dass die Regierungen der Welt das Pariser Klimaabkommen schnellstmöglich und ambitioniert umsetzen müssen, denn die Existenz Tuvalu sei davon abhängig. Das Ziel müsse sein, die globale Erwärmung auf unter 1,5°C zu halten und Tuvalu bestens an den Klimawandel anzupassen. Doch während sich der Premier in Paris vor allem an die Europäer wandte, ihre Anstrengungen nicht nur auf ein Limit von 2°C auszurichten, hat man mittlerweile neue geopolitische Problemherde zu bewältigen. Die Entscheidung der USA aus dem Pariser Abkommen auszusteigen, löste in Tuvalu größte Besorgnis aus. In einem Interview erklärte Premier Sopoaga: „Die Positionen des Weißen Hauses geben den Menschen eine sehr unsichere Zukunft, bereiten Kummer und

schaffen Misstrauen gegenüber der allgemeinen Annahme, dass die großen Länder schon helfen werden.“

Der 28 Jahre alte Seemann Paeniu Lopati vom Tuvalu Atoll Funafala braucht keine Wissenschaft, die ihm den Klimawandel erklärt. Bereits zwei Nachbaratolle, Vasafua und Pukasavilivili, sind dem Klimawandel zum Opfer gefallen und im Ozean versunken. Die Korallenbleiche sowie die schwindenden Fischgründe machen für ihn den Klimawandel greifbar, ebenso die beständige Küstenerosion an dem Atoll, auf dem er zusammen mit fünf anderen Familien, insgesamt 18 Personen, lebt. Doch an ein Aufgeben sei nicht zu denken, äußert auch er sich entschieden. Wenn der Klimawandel nicht eingedämmt wird, habe Tuvalu laut Wissenschaft noch 50 Jahre, bis es endgültig im Ozean versinkt, erklärt Lopati. Bis dahin will er jede einzelne Minute in seinem Paradies genießen.

*Sabine Minninger,  
Referentin Klimapolitik, Brot für die Welt  
Mail: [sabine.minninger@brot-fuer-die-welt.de](mailto:sabine.minninger@brot-fuer-die-welt.de)*

*Für wirksamen Klimaschutz ohne Kohle! Bei der diesjährigen **coals&boat** auf der Spree forderten die AktivistInnen, dass das Land Berlin bis 2025 aus der Steinkohleverstromung aussteigen müsse. Ein Erfolg der bisherigen Proteste: Der Vattenfall-Konzern stellt wie angekündigt die Beschickung des Kraftwerks Klingenberg mit dem besonders dreckigen fossilen Brennstoff Braunkohle ein und will die Anlage künftig mit Gas betreiben*

Foto: Sylvester Kaben



# Marktgeschöpfe

Die Aussage, dass das Gegenteil des Falschen nicht unbedingt das Richtige ist, war seinerzeit für Erhard Eppler (Die Rückkehr der Politik, 1998) eine Warnung vor zu viel Markt- und Wachstumseuphorie angesichts des gescheiterten zentralen Planwirtschaftsmodells. In der Tat mehren sich zunehmend die Stimmen, die einer weltweit um sich greifenden Kommerzialisierung aller Lebensbereiche nach dem Marktprinzip Einhalt gebieten wollen. Mit dem Buch „Das Märchen vom gerechten Markt“ räumt Jürgen Freimann, Wirtschaftswissenschaftler und Initiator des Masterstudiengangs Nachhaltiges Wirtschaften an der Universität Kassel mit der Vorstellung gründlich auf, dass durch individuelle Nutzenmaximierung am Ende dem Gemeinwohl am besten gedient ist. Zu ungleich sind die Ausgangsbedingungen der „Wirtschaftssubjekte“ verteilt, gibt es Asymmetrien in der Information zwischen Angebot und Nachfrage, liegen Wettbewerbsverzerrungen vor oder entscheiden Konsumenten einfach irrational. Die Liste ließe sich beliebig erweitern.

Ohne die Vorzüge des Marktes grundsätzlich zu verdammen weist Freimann an verschiedenen praktischen Beispielen nach, wie wir durch die zunehmende Auslieferung an den Markt zu „Marktgeschöpfen“ mutieren. Die Fremdversorgung macht uns extrem abhängig vom Gelderwerb und „Einkommens“plätzen – eine Abhängigkeit, die wir aber teuer erkaufen mit Naturzerstörung, mangelnder Selbständigkeit und einem Verkauf unserer Privatsphäre (z.B. an Google, Amazon, Facebook und Co.). Die lobbygetriebene Politik, anzeigenabhängige Medienwelt und relativ eindimensionale Ausbildung manövrieren uns stetig in eine alternativlos erscheinende Wachstumsmaschine. Die internationalen Freihandelsabkommen TTIP und CETA (die für den Autor Anlass zu dieser Schrift waren) würden die Starken (Großkonzerne) noch mehr bevorzugen und die Schwachen noch mehr schwächen. Märkte müssen deshalb wieder in den Dienst des guten Lebens gestellt werden und wir dürfen uns nicht ihrer Herrschaft sklavisch unterwerfen. Also (wie einst Wolfgang Borchert zur Kriegsvorbereitung): Sag Nein!

Jürgen Freimann kritisiert allerdings nicht nur die Situation der wachsenden Entgrenzung des geldgetriebenen Marktes, sondern zeigt auch die Alternativen auf, wie seine Gefräßigkeit (in erster Linie von der Zivilgesellschaft) wieder in Schranken verwiesen werden kann. Social Business, Gemeinwohlökonomie, Genossenschaftsmodelle, Tausch- und Sharing-Aktionen, bedingungsloses Grundeinkommen sind nur einige Stichworte aus diesem Katalog, die überall real im Entstehen sind.

Das Buch ist aus profunden ökonomischen Kenntnissen entstanden, aber dennoch lobenswert lebendig und allgemeinverständlich geschrieben. Eine Seltenheit innerhalb wirtschaftswissenschaftlicher Publikationen, die sich sonst gerne mit der Aura von Anglisten und fachspezifischen Ausdrücken erhöhen.

*Prof. Dr. Volker Stahlmann*



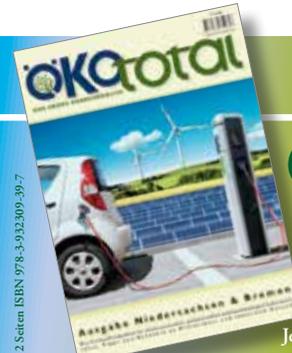
*Jürgen Freimann*

*Das Märchen vom gerechten Markt: Wie wir den homo oeconomicus überwinden können*  
Tectum Sachbuch 2017  
224 Seiten, 18,75 Euro  
ISBN 978-3-8288-3853-6



anzeige

## B U C H T I P P



112 Seiten ISBN 978-3-932309-39-7

Angabe Niedersachsen & Bremen

# Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt NEU für Niedersachsen & Bremen  
... dort wo es Bio-Produkte gibt.

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1,45 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden.

Niedersachsen/Bremen

Nordrhein-Westfalen

Berlin & neue Bundesländer

weitere Ausgaben in Vorbereitung

ÖkoTotal • Verlag Das grüne Branchenbuch OHG  
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremsbüttel • Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 • service@oekototal.de  
www.oekototal.de

RobinWood 17.12.2015



Foto: Olga Kapustina & Laura Döing

Der Zaun um die geschlossene Stadt Schelesnogorsk im Jahr 2013. Fünfzig Jahre lang wurde hier Plutonium für Atombomben hergestellt. Jetzt lagern hier auch abgebrannte Brennelemente aus Bulgarien und der Ukraine

# Russische Atommüll-Politik

In Russland lagern 1.000-mal mehr radioaktive Stoffe als in Deutschland. Es handelt sich um 490 Million m<sup>3</sup> flüssige und 90 Millionen Tonnen feste radioaktive Abfälle, hinzu kommen 22.000 m<sup>3</sup> abgebrannte Brennelemente. Wie im Rest der Welt, hat man auch hier noch kein sicheres Endlager gefunden.

Der russische Anti-Atom-Aktivist Andrey Ozharovskiy reiste mit ExperInnen seines Landes durch Westeuropa, um einen Eindruck vom dortigen Umgang mit hoch radioaktiven Abfällen und von Beteiligungsverfahren bei Endlagerprojekten zu erhalten. Die Gruppe sprach mit Betroffenen, PolitikerInnen, ExpertInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in

Deutschland, Finnland, Schweden und Frankreich. Daniel Häfner nutzte die Gelegenheit, um von Andrey Ozharovskiy aktuelles zum russischen Umgang mit radioaktiven Abfallstoffen sowie zur Situation der russischen Anti-Atom-Bewegung und ihrer Aktivitäten zu erfahren. Andrey ist Lehrer und arbeitet als Experte für die Umweltschutzorganisation Bellona.

Derzeit liegt das Management der radioaktiven Abfälle in Russland fast ausschließlich in den Händen der Nuklearindustrie.

Die Zivilgesellschaft insgesamt und speziell die Anti-Atom-Bewegung befinden sich in einer sehr schwachen Position. Die Regierung versucht uns klein zu halten, sie begrenzt alle unabhängigen Aktivitäten. Das Ministerium für Gerechtigkeit hat alle befreundeten Organisationen u.a. aus Irkutsk, St. Petersburg und Murmansk als sogenannte „ausländische Agenten“ gelistet. So werden NGO bezeichnet, die im Interesse eines anderen Staates handeln. Wenn eine NGO jemals Geld aus dem Ausland erhalten hat und im politischen Bereich arbeitet, dann ist sie ein „ausländischer Agent“. Wir sind aber doch keine politische Partei, die um Macht kämpft. Wir versuchen politische Entscheidungen zu beeinflussen. Aber bereits die Teilnahme an öffentlichen Anhörungen zum Umgang mit radioaktiven

## „Geschlossene Stadt“

Schelesnogorsk hat 90.000 EinwohnerInnen und liegt 60 Kilometer nordöstlich der Regionshauptstadt Krasnojarsk. Es ist eine sogenannte „geschlossene Stadt“, die in den 1950er Jahren gegründet wurde, um dort waffenfähiges Plutonium herzustellen. Rund 8.000 Beschäftigte arbeiten heute in der Nuklearindustrie. Die Reaktoren, von denen der letzte 2010 abgeschaltet wurde, werden gerade verschlossen.

? Was sind denn deine zentralen Erkenntnisse eurer Informationsreise?

! Nun, ich habe bestätigt bekommen, dass Russland weit hinter den internationalen Entwicklungen zurückliegt. Ich meine damit zunächst gar nicht die endgültigen Entscheidungen für den Umgang mit nuklearen Abfallstoffen, sondern die Verfahrensweisen und die Rollen von Zivilgesellschaft sowie unabhängigen ExpertInnen in den Verhandlungen, die uns bevorstehen.

Stoffen wird als politische Aktivität eingestuft, und so hat das Ministerium nun Gruppen als „ausländische Agenten“ gelistet, die daran teilgenommen haben. Wir sind also in einer relativ schwachen Position. Das liegt im Wesentlichen auch daran, dass wir in Russland nicht die Standards von Offenheit, Transparenz und Beteiligung kennen, wie ich sie in anderen Ländern kennengelernt habe.

*? Gibt es in Russland eine öffentliche Debatte zum Umgang mit den radioaktiven Abfällen?*

! Nein. Die Industrie nutzt einfach die aktuelle Gesetzeslage, die keine spezifischen Bestimmungen für radioaktive Abfälle oder nukleare Aktivitäten vorsieht. Solche Anlagen werden daher wie lokale Chemiefabriken behandelt. Der offizielle Diskussionsprozess dauert dann ein bis zwei Monate, aber die Debatte findet lediglich auf regionaler Ebene statt. Das ist eine schreckliche Situation, wenn der nationale „Friedhof“ für hoch-radioaktive Abfälle in der Region Krasnojarsk (östlich des Urals, 4.100 Kilometer östlich von Moskau) ausschließlich in der Gemeinde Schelesnogorsk diskutiert wird. Das widerspricht der Praxis in anderen Staaten. In Finnland hat immerhin das Parlament entschieden. In Deutschland wurden mit der Endlager-Kommission auch Externe und NGO beteiligt. In Frankreich gab es eine „debate publique“ auf nationalstaatlicher Ebene. Wir sind letztendlich ohne große Debatte bei der Umsetzung eines unterirdischen Versuchslabors in Schelesnogorsk angekommen.

### Endlager nahe einer „geschlossenen Stadt“

*? Wie wurde der Standort nahe Schelesnogorsk ausgewählt und warum soll das ein geeigneter Standort sein?*

! Mir wurde auf meine Anfrage hin von offizieller Seite geantwortet, dass Hunderte von Standorten in verschiedenen Regionen des Landes überprüft wurden, aber ich bin mir nicht sicher, ob das wirklich wahr ist. Der Standort wurde definitiv gewählt, weil er bereits der Nuklearindustrie gehört.

### Russische Umwelt-NGO Bellona

Die ursprünglich aus Norwegen stammende Umweltorganisation engagierte sich insbesondere für die sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle und Reaktoren der sowjetischen U-Bootflotte in Murmansk, wo sie im Jahr 1994 ein Büro eröffnete. Alexander Nikitin war eine der Schlüsselfiguren in der frühen Anti-Atom-Bewegung nach dem Zerfall der Sowjetunion. Der ehemalige Offizier der russischen Nordflotte war U-Boot-Kapitän und Inspektor für Atomsicherheit. 1994 begann er mit der Bellona Foundation und westlichen Journalisten zusammen zu arbeiten, um auf die Missstände beim Lagern radioaktiver Stoffe und U-Boot-Reaktoren hinzuweisen: Ausgebrannte Brennelemente lagerten und verrotteten ungeschützt unter freiem Himmel. 1996 wurde er verhaftet und des Landesverrats sowie der Spionage angeklagt – ihm drohte die Todesstrafe. Nach



Foto: Daniel Häfner

Alexander Nikitin

mehreren Gerichtsverhandlungen wurde er im September 1999 letztendlich freigesprochen. Inzwischen ist er der Leiter des Bellona-Büros in Sankt Petersburg. [bellona.org](http://bellona.org)

Er liegt in der Nähe einer nuklearen Anlage und der geschlossenen Stadt Schelesnogorsk. Ich weiß, dass es das in anderen Ländern nicht gibt, aber wir haben Gemeinden, die für Besucher hermetisch abgeschlossen sind. Die Nuklearfabrik dort heißt „Mountain Chemical Combine“, die dem Namen nach nichts mit Atomtechnologie zu tun hat. Es gab dort mehrere Plutoniumreaktoren und eine Aufbereitungsanlage. Auch Atombomben wurden dort produziert. Da die Anlagen geschützt in einem Felsen liegen, hätten sie auch eine Bombardierung mit Atombomben überstanden.

Die Reaktoren sind seit 2010 heruntergefahren und werden derzeit im Inneren des Felsens versiegelt. Für die Einheimischen ist der Standort also bereits ein nuklearer Friedhof. Deshalb ist es für sie auch leichter, ein Endlager zu akzeptieren. Für Rosatom, dem staats-eigenen Unternehmen, unter dessen Dach fast alle nuklearen Anlagen organisiert sind, ist es so definitiv einfacher, Akzeptanz zu bekommen. Die öffentlichen Anhörungen waren sowieso eher ein Treffen von Fabrikangestellten.

*? Viele Menschen dort arbeiten für die Nuklearindustrie. Das wirkt, als wären die*

*Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens dann sehr positiv.*

! Ja, das ist so. Ich selbst konnte dort gar nicht teilnehmen, weil es schwer ist, eine Genehmigung zu bekommen, die Stadt zu betreten. Ich habe aber die Berichte der Veranstaltungen gelesen. Es gab einige kritische Anmerkungen, aber die Mehrheit der Menschen war dem Projekt gegenüber sehr positiv eingestellt.

*? Wieso kritisiert ihr den Standortauswahlprozess insgesamt?*

! In Russland gab es keinerlei Debatte über die Methode der Abfalleinlagerung. Weltweit gibt es keine Einigkeit darüber, welches technische Verfahren und welches Wirtsgestein – Ton, Steinsalz oder Granit – das Beste wäre. Rosatom verweist nur darauf, dass ein Endlager gebaut werden soll. Warum das Gesetz dies so festlegt oder wer das Gesetz geschrieben hat, wird nicht diskutiert. Es ist industriefreundlich formuliert und die Hauptaussage ist, dass es kein Problem mit radioaktiven Abfällen gibt, weil diese eben vergraben werden.

*? Wie ist der derzeitige Stand der Umsetzung?*

! Offiziell wird derzeit von der Umsetzung eines unterirdischen Versuchslabors in Schelesnogorsk gesprochen. Man hatte bereits damit begonnen, das Endlager zu errichten, aber der Prozess wurde durch die NGO verlangsamt und die Betreiber stimmten zu, nun zuerst ein Versuchslabor zu bauen. Das Labor sieht aber genauso aus wie die erste Phase des Endlagers.

Eine andere Frage ist die der Rückholbarkeit. Das ist sicher einer der Erfolge von Alexander Nikitin von Bellona. Das war seine Botschaft an die Atomindustrie: Wir brauchen Rückholbarkeit! In Russland spricht man nicht von einem „Endlager“, sondern von einem „Punkt des Vergrabens“, der eine Rückholung nicht zwingend impliziert. Mittlerweile gibt aber die Nuklearindustrie zu, dass eine Rückholbarkeit gut wäre – und nun wird sie geprüft. Wichtig ist aber auch, dass wir das definieren, denn die Branche spielt gerne mit Worten: „Wollen Sie eine öffentliche Diskussion – hier haben wir eine öffentliche Diskussion in der geschlossenen Stadt. Wollt ihr Rückholbarkeit? Wir schreiben das auf ein Papier, dass es rückholbar ist. Wir geben Ihnen sogar eine Bescheinigung über die Möglichkeit der Rückholung.“ Wir müssen also unabhängige ExpertInnen finden und einen Weg, wie das überprüft werden kann.

? Das Wirtsgestein ist Granit, der grundsätzlich Risse und Klüfte hat, weshalb es sehr wahrscheinlich ist,



Foto: Olga Kapustina & Laura Döing

Atom Müll in den Boden zementiert: Wie mit radioaktiven Abfällen umgegangen wird, entscheidet in Russland fast ausschließlich die Nuklearindustrie

Die Gruppe um Andrey Ozharovskiy informiert sich in Deutschland, Frankreich, Finnland, Schweden über die technischen und politischen Prozesse bei einer Endlagerung



Foto: Daniel Häfner

dass Wasser in die Lagerungskammern eindringt. Wie soll damit umgegangen werden?

! Ja, es handelt sich um einen 400 Meter hohen Granit-Hügel, der in zwei bis drei Kilometer Entfernung zum Jennisei-Flusses liegt. Mit einer Gesamttiefe von 500 Metern bauen sie das Endlager dann praktisch unter dem Fluss. Dass Wasser eindringt, ist wahrscheinlich. Ich bin aber kein Geologe, und kann das nicht abschließend bewerten.

? Wie sollen die Abfälle gegen das Wasser abgeschirmt werden? In Finnland und Schweden werden ja Lagerbehälter mit Kupfer ummantelt, um sie korrosionsbeständiger zu machen.

! Die Behälter sollen von mehreren Barrieren verschiedener Stoffe umgeben sein, aber nicht mit Kupfer. Die Stahlcontainer sollen mit Ton gefüllt werden und sind nur sechs Millimeter dick. Zum Vergleich: in Skandinavien sind das fünf Zentimeter Kupfer. Ich denke also, dass das Thema der Korrosion hier unterschätzt wird, und befürchte, dass die russische Nuklearindustrie aus den Fehlern anderer Länder nicht lernen wird. Deshalb war es sehr gut, dass wir zu unserer Studienreise einen der Rosatom-Vertreter zur Asse II mitgenommen haben, damit er sich die Probleme anschaut.

? Noch eine Frage zur Entsorgung: Mir ist aufgefallen, dass die russischen nuklearen Abfälle in fest und flüssig unterschieden werden. Warum ist das so?

! Leider haben wir immer noch die Praxis, flüssige radioaktive Abfälle unter Tage zu pumpen. Russland ist das einzige Land in der Welt, in dem das so praktiziert wird. Derzeit geschieht dies an drei Standorten. Diese Praxis lehnen wir als Anti-Atom-Bewegung stark ab. Eigentlich müsste der flüssige Abfall in eine feste Form gebracht werden. Das ist aber angeblich zu teuer. Die gute Nachricht ist, dass gesetzlich festgelegt wurde, diese Praxis nicht auszuweiten.

Wir wissen leider nicht genau, welche Stoffe unter Tage gepumpt werden. Es wird sich im Wesentlichen um schwach- und mittelaktive Stoffe handeln. Dabei ist es aber relativ leicht mit den Kategorien zu spielen, weil die Stoffe einfach weiter verdünnt werden – die Gesamtaktivität bleibt aber natürlich gleich. In den Kernkraftwerken in Kaliningrad und St. Petersburg werden Tritium-Abfälle in den Untergrund gepumpt, aber die offiziellen Stellen behaupten, dass es sich dabei nicht um radioaktive Abfälle handeln würde. Im offiziellen Sprachgebrauch nennt man sie „Tritium enthaltende chemische nicht-nukleare Abfälle“.

? Gibt es noch andere Einrichtungen wie Zwischen- oder Endlager für schwach- und mittelaktive Stoffe?

! Oh ja, da gibt es viele. Die meisten stammen noch aus der Zeit der Sowjetunion und müssen erneuert werden. Aber dafür brauchen wir mehr Zeit. Normalerweise verwandeln sie alte Zwischenlager in Sammelstellen und Endlager, wie in Novouralsk, wo sich eine

Urananreicherungsanlage befindet. Sie überführen die oberirdischen Lager dann einfach von der Fabrik an den nationalen Betreiber. Es gibt dann aber zumindest öffentliche Anhörungen, und die Projekte werden veröffentlicht.

### Schneller Brüter

? Welchen Technologiepfad schlägt die russische Atomindustrie insgesamt ein. Noch immer ist die Rede von der Schließung des Nuklearen Brennstoffkreislaufs und insofern auch des Einsatzes von Schnellen Brüttern.

! (lacht). Das ist das alte Märchen der Nuklearindustrie. Sie sagen immer, dass sie das Problem in ein bis zwei Jahren lösen werden – und sie erzählen das seit über 60 Jahren.

Schnelle Brüter sind keine abfallfreie Technik. Wir haben zahlreiche Erfahrungen mit Schnellen Brüttern, beispielsweise mit Blei-Bismut-Reaktoren, die auf insgesamt fünf U-Booten eingesetzt wurden. Es gab da einige Todesfälle, denn es kam sowohl zu Freisetzung von Radioaktivität, als auch zu verschiedenen Problemen mit den Reaktoren. Außerdem steht für die Marine das fehlerfreie Funktionieren der Anlagen an erster Stelle, die radioaktiven Abfälle sind dann nachrangig.

Neben dem Einsatz auf U-Booten haben wir drei Typen von Brut-Reaktoren und niemand weiß, welcher besser ist. Meine Vermutung ist, dass keiner von ihnen gut funktioniert.

Die BN-Reaktoren laufen bereits und sind an das Netz angeschlossen. Der BREST-Reaktor befindet sich am Ufer des Flusses Tom nahe Demitovgrad noch im Bau. Das Projekt wurde gerade zurückgestellt, weil es sehr teuer ist.

Als Wissenschaftler kann ich nicht sagen, dass wir hierzu keine Forschung brauchen, aber diese Projekte sind keine Forschung. Sie sind Prototypen für kommerzielle Reaktoren. Sie verbrauchen viel Geld, das besser in die Sicherheit radioaktiver Abfälle investiert werden könnte. Deshalb ist es gut, die Projekte zusammen zu diskutieren, weil sie um Geld konkurrieren.

Meine zentrale Frage ist, warum wir so viel Geld für die Atomindustrie ausgeben, wenn wir Sonne und Wind haben.

Foto: Olga Kapustina & Laura Döing



Krasnojarsk ist Regionshauptstadt und liegt 60 km von Schelesnogorsk entfernt. Auf der Anzeigetafel sind täglich auch Informationen über die radioaktive Belastung abzulesen

Das größte Problem meines Landes ist, dass wir in Bezug auf erneuerbare Energien weit hinter dem Rest der Welt hinterherhinken, sogar hinter China und Indien. Wir haben einen Anteil von weniger als ein Prozent an erneuerbaren Energien. Ich denke, das ist die derzeit größte Herausforderung für den russischen Energiesektor. Schnelle Brüter sind es definitiv nicht.

? Das wäre ein schönes Schlusswort. Aber ich möchte noch ein Thema ansprechen: Der nukleare Unfall von Majak – einer der größten weltweit – jährt sich dieses Jahr zum sechzigsten Mal.

! Leider muss ich auch hier wieder darauf zurückkommen, wie Druck auf UmweltaktivistInnen ausgeübt wird. Die bedeutendste zivilgesellschaftliche Vertreterin in Majak war Nadezhda Kutepova. Sie war gezwungen das Land zu verlassen und lebt nun als politischer Flüchtling in Frankreich. Sie war als „ausländischer Agent“ bezeichnet worden. Als man die Lehrer ihrer Kinder befragte, ob die Kinder von der Familie getrennt werden sollten – eine Umweltaktivistin könne schließlich keine gute Mutter sein – sah sie sich gezwungen auszuwandern. Das ist ein weiterer Beweis für die großen Probleme der Anti-Atom-Bewegung in Russland, mit denen wir konfrontiert sind.

Das Interview führte und übersetzte Daniel Häfner vom Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) an der FU Berlin, der lange bei ROBIN WOOD aktiv war. Dörte Themann hat es transkribiert. Kontakt: daniel.haefner@fu-berlin.de

### Atomunfall in der Anlage Majak

In der kerntechnischen Anlage Majak bei Tscheljabinsk fand am 29. September 1957 der nach Tschernobyl und Fukushima weltweit dritt schwerste Nuklearunfall der Geschichte statt. Bei einer chemischen Explosion wurden große Mengen Radioaktivität freigesetzt und auf über mehr als 20.000 Quadratkilometer verteilt. Rund 270.000 Menschen wurden so einer erhöhten Strahlung ausgesetzt. In der Anlage kam es zu zahlreichen weiteren schweren Unfällen. So wurden mehrfach Kettenreaktionen ausgelöst, bei denen hohe Dosen Radioaktivität frei und Arbeiter tödlich verstrahlt wurden. Doch auch im Normalbetrieb erkrankten mehr als 2.000 Arbeiter an der Strahlenkrankheit. In der Umgebung sind Böden, Fließgewässer und das Grundwasser stark radioaktiv belastet. Beispielsweise gilt der Karatschai-See, in den flüssige radioaktive Abfälle eingeleitet wurden, als einer der am stärksten radioaktiv belasteten Orte der Erde.



Fotos: Annette Lübbers

In Christiane Teskes neu eröffnetem Laden „Glücklich unverpackt“ in Essen muss sich die Kundschaft die Behälter für ihren Einkauf selbst mitbringen. Das Konzept läuft schon in fast 50 Läden bundesweit

# Essen - unverpackt

Die Zukunft heißt „UNVERPACKT“ – jedenfalls wenn es nach Christiane Teske aus Essen geht. Die 52-Jährige hat in der Ruhrmetropole den modernen Tante-Emma-Laden gegründet. Das Besondere: Sie verkauft ihre etwa 300 Artikel gänzlich ohne Verpackung. Wer bei „Glücklich

unverpackt“ einkauft, bringt seine Behälter einfach von zuhause mit.

Ein ganz normales Bild bei Aldi & Co.: In bunten Kunststoffkästen liegen Paprika, Tomaten, Porreeangen und Salatköpfe in ihren transparenten Folien und warten auf Kundschaft. Selbst Bananen, von Mutter Natur pfleglich in eine dicke Schale gehüllt, sind in einigen Läden mit Plastik umwickelt. Nicht zu reden von Wurst, Brot, Shampoo und Batterien. Ein Leben ohne Kunststoff? Eigentlich unvorstellbar. Kunststoff ist überall. Kein Wunder, dass im Jahr 2015 weltweit erschreckende 322 Mio. Tonnen davon produziert wurden, davon 58 Mio. Tonnen (18 Prozent) im kleinen Europa. 1976 waren es „nur“ 50 Mio. Tonnen weltweit, davon allerdings fast 40 Prozent in Europa produziert.

Von diesen 322 Mio. Tonnen landen etwa acht Millionen Tonnen in den Weltmeeren – und damit auch in der menschlichen und tierischen Nahrungskette. Eine Umweltvergiftung, zu der die Essenerin Christiane Teske fast nichts mehr beiträgt. Und ihre Kundschaft auch nicht. In ihrem großzügig bemessenen Ladenlokal im Essener Stadtteil Rüttenscheid finden sich keine Plastikfolien, keine Einkaufsstützen und kein eingeschweißtes Fertigfutter. Bohnen, Getreide, Flakes, Mehl, Kakao und Gewürzmischungen sind in hohen, großen Gläsern mit Spendern an der Wand oder in kleineren Gläsern auf dem Tisch aufgereiht. Sogar flüssiges Waschmittel kann man selbst in Flaschen abfüllen.

## Plastik war gestern

Die Kunden bringen eigene Gläser, leere Supermarkttüten oder Tupperdosen mit. Manche hinterlassen auch Gläser für Kunden, die gerade vorbeikommen und nicht darauf vorbereitet sind, jetzt etwas einzukaufen. 125 Gramm Haselnüsse für einen



300 Artikel ohne Verpackung gibt es im Unverpackt: So wird vor allem Plastikmüll gespart



Große Auswahl an Müsli und Trockenwaren: Frische Produkte soll es erst in einem nächsten Schritt geben

leckeren Sonntagskuchen? Hier kann man seine Lebensmittel bis aufs Gramm genau abwiegen. Einen kleinen Riegel Schokolade für den Nachhauseweg? Selbst kleinste Mengen kann man hier kaufen und in einem wiederverwendbaren Leinensäckchen verstauen, genäht von Tochter Lucy. Christiane Teskes Vermieter kommt sogar jeden Morgen vorbei und wiegt sich sein Morgenmüsli ab. Und Paprika und Schlangengurken sind – natürlich – auch lose zu haben.

Dass sie mal stolze Ladenbesitzerin werden würde, hat sich Christiane Teske so auch nicht gedacht. Die Lehrerin aus der Pflegebranche hat lange Jahre als Buchhalterin gearbeitet. Dann gingen die Kinder eigene Wege und im Februar 2017 sollte ihre Stelle auslaufen. Die 52-Jährige geriet ins Grübeln. Was nun? Sich neu bewerben – oder etwas völlig Neues beginnen? Auf Facebook stößt die passionierte Köchin und Bio-Liebhaberin auf einen Laden der Marke „Unverpackt“. Spontan schreibt sie den Betreibern eine Mail: Wie geht das? Wie funktioniert das? In Mainz besucht sie im Oktober 2016 einen „Unverpackt“-Workshop und ist schon auf der Heimfahrt sicher: „Das machst du jetzt!“

Von Oktober bis Mai feilt sie an ihrem Businessplan, erstellt eine Marktanalyse, sucht das passende Ladenlokal in einem Stadtteil, dessen Bevölkerung hoffentlich aufgeschlossen genug für eine neue

– oder eher alte? – Geschäftsidee ist. Großzügig unterstützt wird sie dabei von einem BWL-Studenten. Mittels eines KfW-Kredits für ExistenzgründerInnen stemmt Christiane Teske die Finanzierung. „50.000 Euro – damit gehe ich natürlich ins Risiko. Ein bisschen Muffensausen habe ich da natürlich schon. 10.000 Euro kostete alleine die Erstbevorratung mit 97 Prozent Bio-Produkten. Manche Dinge sind einfach teuer. Ein passender Edelstahlbehälter für Öl kostet zum Beispiel um die 70 Euro“, erzählt die Inhaberin. Bei der Ausstattung hat sie – zusammen mit ihrer Tochter – viel Wert auf Ambiente und Individualität gelegt. Ihr Credo: „Es muss nicht alles aus einem Guss sein. Aber wohlfühlen soll man sich hier schon.“

Die Vorgaben des Gesundheitsamtes halten sich in Grenzen, solange Christiane Teske ihr Sortiment nicht um leicht verderbliche Lebensmittel erweitert. Bei der Befüllung der Spender trägt sie Schutzhaube und -handschuhe.

Ihre KundInnen füllen ihre Gläser oder Kunststoffbehälter mit Spender oder Zange selbst. Was einmal drin ist, muss auch gekauft werden. Ältere Menschen, die sich überfordert fühlen, bedient die Chefin aber gerne. Das Mindesthaltbarkeitsdatum steht auf den Behältern. Wer sich nicht auf seinen Geschmacks- oder Geruchssinn verlassen will, schreibt sich das Datum einfach auf. Gerade versucht Christiane Teske herauszufinden, welche Hygiene-Vorgaben sie erfüllen müsste, um auch frische Produkte wie Milch, Joghurt und Quark anzubieten.

Für den Moment ist Christiane Teske aber erst einmal sehr zufrieden mit ihrem funkelnden Reich. „Viele Erstkunden sind Menschen, die durch Zufall hier vorbeikommen. Sie blicken in den Laden, kommen rein, schauen sich um und sagen: Wow!“, erzählt sie lachend. Schon jetzt kaufen 30 bis 40 Kunden und Kundinnen regelmäßig bei ihr. Christiane Teske ist jedenfalls guten Mutes, dass das Geschäft sich dauerhaft rentieren wird. Glücklicherweise mit ihrer Arbeit ist sie ohnehin. „Das, was ich jetzt tue, ist absolut sinnstiftend“, findet sie. Zwar stuft sich die ehemalige Lehrerin selbst als „nicht fanatisch umweltbewusst“ ein. Aber ein bisschen was verändern will sie eben doch. „Ich sehe

ja an mir selbst, mit wie wenig Plastik ich auskomme. Die paar Notkäufe füllen etwa alle drei Wochen mal eine Tüte“, sagt sie. „Bei mir selbst hat das Umdenken aber auch schon vor langer Zeit stattgefunden. Meine Kinder haben mir schon früh erklärt: Cola-Dosen kaufst du aber keine mehr, Mama“, erzählt Christiane Teske. Das eigentliche Aha-Erlebnis hatte die überzeugte Vegetarierin eigentlich schon Anfang der 90er Jahre in Indien. „Da stand ich am Meer und ärgerte mich über die Plastikberge am Strand. Erst Jahre später ging mir auf: Diese Müllberge hatten nicht die Einheimischen produziert. Damals gab es ja kaum Plastik in Indien. Diese Hinterlassenschaft der Moderne kam direkt aus dem Meer.“

Annette Lübbers, Kontakt: [annette@luebbers-journalistin.de](mailto:annette@luebbers-journalistin.de)

Fast 50 Unverpackt-Läden gibt es bereits bundesweit. Eine Übersicht gibt es im Internet, Quelle: Utopia.de



So geht unverpackt: mitgebrachten Behälter wiegen, vollmachen, wiegen und zahlen



Fotos: wer me/CC BY 2.0

*Der Lebensraum der letzten freilebenden Großtierarten in Europa ist akut bedroht, denn Polen hat den Schutz des Bialowieza-Urwaldes aufgehoben und schlägt massiv Holz ein*

# Bialowieza: Europas Urwald in Gefahr

Der Bialowieza ist der letzte Urwald im Flachland Europas – eine von Menschen fast unberührte Landschaft. Derzeit beheimatet der Wald an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland nicht nur die enorme Artenvielfalt von ca. 12 000 Tier- und 3500 Pilzarten, sondern auch zahlreiche UmweltaktivistInnen. Denn das idyllische Naturerbe Europas ist in Gefahr.

Der Schutz der Natur steht in Polen derzeit nicht besonders hoch im Kurs. Nach den Wahlen 2015 kam die rechts-populistische PiS-Partei (Partei für Recht und Gerechtigkeit) an die Regierung. Diese verabschiedete schnell das von Umweltminister Jan Szyszko initiierte „Baummassaker-Gesetz“. Das neue Gesetz erlaubt das Fällen von Bäumen auf privaten Grundstücken ohne vorherige Genehmigung seitens einer Behörde.

## PiS-Partei: Deregulierung und Einschüchterung

Obwohl es offiziell nur die Pflege von Grundstücken vereinfachen soll, wurde der kommerzielle Einschlag von Einzelbäumen, kleinen Baumgruppen oder Alleen massiv erleichtert. AktivistInnen beschreiben, dass die Zahl der Baumstümpfe im ganzen Land drastisch zugenommen hat und Motorsägen mittlerweile Mangelware sind. Auch wird auf vielen Grundstücken abgeholzt, um sie als Bauland zu verkaufen. Dieses Gesetz erzeugt großen Widerstand in der Bevölkerung. Inzwischen kommt Protest auch von außerhalb der Umweltszene, z.B. von patriotischer und religiöser Seite – das klassische Klientel der PiS-Partei. Umweltminister Szyszko gerät daher unter Druck und sieht sich mit Rücktrittsforderungen seitens der Opposition und Umweltverbände konfrontiert. Dennoch ist die PiS-Partei mit ihrem Rechtsruck sehr erfolgreich: Die Deregulierung des Umweltschutzes, der Abbau kritischer Institutionen und die Einschüchterungen der Zivilgesellschaft gehen voran. Einen Höhepunkt der Aufmerksamkeit erreichte die polnische Regierung nun

nach der Zustimmung zu einem neuen Managementplan für den Bialowieza-Wald. Damit wird das Baummassaker nun auch den einzigen noch bestehenden Tiefland-Urwald Europas, mit bedeutenden Arten wie Wisent, Luchs, Wolf, Bär und Elch, treffen. Bis 2023 können nun 188.000 Festmeter Holz geschlagen werden.

Das ist drei Mal so viel wie im Forstmanagementplan von 2012 vorgesehen war, der nur eine Entnahme von einzelnen Bäumen erlaubte. Der Plan war erst nach jahrelangen Verhandlungen unter Vermittlung der EU beschlossen worden und sollte die Rechte der lokalen Bevölkerung und die Natur schützen. Er führte zur Ausweitung der Anerkennung

als UNESCO-Weltnaturerbe. Die 2012 formulierten Schutzmaßnahmen fallen durch den neuen Managementplan weg. Das könnte auf lange Sicht das Ende des Urwalds sein.

## Ende des Urwalds

Professor Tomasz Wessolowski von der Universität Wroclaw drückte das gegenüber dem britischen Guardian so aus: „Ab einem bestimmten Punkt wird es einen Kollaps geben, und wenn das passiert, dann ist es [das Ökosystem] für immer weg – und kein Geld der Welt kann es zurückbringen. Mit jedem gefälltten Baum kommen wir näher an diesen ‚Point of no return‘.“

*Feuchtgebiete wie hier im Bialowieza Urwald sind in Europa selten geworden. Die meisten wurden entwässert, um sie wirtschaftlich nutzbar zu machen*



Foto: Lilly M./CC BY-SA 3.0



Foto: Tomasz Wiech, n-ost

Seitdem das „Baummassaker-Gesetz“ in Kraft ist, wächst der Widerstand. Die Krakauer Künstlerin Cecylia Malik steht hinter der Aktion: Polnische Mütter gegen Kahlschlag

Wie die nationalistische Regierung mit Kritik umgeht, zeigte sich dann nochmal deutlich: Der Streit um die neue Höchstmenge für den Holzschlag sorgte sogar für die Entlassung von WissenschaftlerInnen, die sich diesem Vorhaben entgegenstellten. 32 von 39 Mitgliedern des Staatlichen Rates für Naturschutz wurden kurzerhand entlassen, als sie die falsche Forderung stellten. Dennoch schrieben im Juni dieses Jahres 33 polnische Universitätsdekane einen Brief an den Präsidenten, in dem sie auf die Bedrohung des Waldes hinwiesen.

### Der polnische Umweltminister macht den Borkenkäfer verantwortlich

Laut dem polnischen Umweltminister Jan Szyszko wurde die Obergrenze für den Holzeinschlag angehoben, um den Wald von einem starken Borkenkäferbefall zu befreien. Sowohl die EU-Kommission als auch die UNESCO sowie zahlreiche Umweltverbände sehen darin jedoch einen schädlichen Eingriff in das einmalige Ökosystem. In einem mono-kulturellen Forst stellt der Käfer, der sich massenhaft vermehren kann, tatsächlich ein großes Problem dar: Ein starker Borkenkäferbefall führt zu einer großen Menge Totholz. Doch in einem natürlichen, intakten Wald entstehen gerade durch den Borkenkäferbefall neue Biotopstrukturen, die zu einer größeren Artenvielfalt führen und dadurch das Potential zu Anpassung

an Umweltveränderungen erhöhen. Insgesamt wird das Ökosystem also gestärkt. Doch bei den in Bialowieza befallenen Bäumen handelt es sich um Fichten, und diese lassen sich zu relativ guten Preisen verkaufen. Zuzulassen, dass die Natur ihren Weg geht – und dies auf eine einmalige Art und Weise in Europa – anstatt das Holz wirtschaftlich zu nutzen, widerstrebt Minister Szyszko offensichtlich. Als Argument für seine Anti-Naturschutzpolitik missbraucht er ausgerechnet Naturschutzargumente. In wirtschaftlich genutzten Wäldern werden kranke Bäume entsorgt und gesunde Bäume zur Holzgewinnung gefällt, sodass kein Totholz im Forst vorkommt. Dieses wirtschaftlich nicht nutzbare Material bietet jedoch vielen Insekten, aber auch größeren Tieren Schutz und Nahrung: Im Bialowieza gibt es acht Spechtarten, die im Totholz brüten. Damit sind dort alle mitteleuropäischen Spechtarten vertreten. Auch in Europa selten gewordene Säugetiere wie Luchse und sogar Wisente finden im europäischen Urwald einen Lebensraum.

Das Gebiet des Bialowieza-Urwald liegt nicht nur in Polen, er reicht bis nach Weißrussland hinein. Dort gibt es gänzlich andere Vorhaben für den Wald. Das in den 50er Jahren entwässerte Niedermoorgebiet wird heute als Weideland genutzt. Dennoch wurde eine Teilfläche von 12 Quadratkilometern in den

Nationalpark integriert. Seit Ende letzten Jahres werden hier Wassergräben verschlossen, um das Gebiet wieder zu vernässen. Diese Bestrebungen werden von der UNESCO unterstützt.

Neben der UNESCO übt auch die Europäische Kommission Kritik an den Geschehnissen in Polen. Die Europäische Kommission hat Polen aufgefordert, die EU-Vorschriften zum Schutz von natürlichen Lebensräumen und Vögeln einzuhalten. Da Polen dieser Forderung nicht nachgekommen ist, hat die Europäische Kommission die polnische Regierung vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt und eine einstweilige Verfügung zum Stopp der Abholzung beantragt.

Seit Juni 2017 wird es richtig ernst: Einige Unternehmen haben für die polnische Regierung Holzvollernter, die Bäume fällen, entrinden und zerlegen, vor den Wäldern aufgefahren und mit dem Fällen begonnen. AktivistInnen haben dagegen mit Sitzblockaden demonstriert und konnten einige Arbeiten verzögern. Auch in Warschau sind einige tausend Menschen für den Urwald auf die Straße gegangen. Das ist ein mutiger Einsatz in einem Land, in dem Protest inzwischen schnell kriminalisiert wird.

Eine gute Nachricht ließ die Umweltbewegung für einen Moment hoffen: Die UNESCO hat am 5. Juli die polnische Regierung zum Stopp der Waldzerstörung aufgerufen und warnte, dass der Wald sonst als „bedrohtes Weltkulturerbe“ gelistet würde. Leider schreiben schon wenige Tage später die polnischen WaldschützerInnen, dass die Regierung weiter abholze. Doch immerhin steigt der Druck. Vielleicht wird dieser für Minister Szyszko und seine Behörde irgendwann zu groß. Bis dahin werden sich UmweltaktivistInnen weiter für den Schutz des Waldes einsetzen. Denn um einen gefällten Baum zu ersetzen, dauert es schon Jahrzehnte. Ein zerstörter Urwald kommt niemals wieder.

*Jannis Pfendtner, Waldreferent bei  
ROBIN WOOD und Jana Fischer,  
Praktikantin in Hamburg  
wald@robinwood.de*



Foto: Ralf Lotys/CC BY-SA 3.0

Der Urwald von Bialowieza mit seinem hohen Anteil von Totholz bietet vielen seltenen Arten einen Lebensraum. Dort leben ca. 12.000 Tier- und 3.500 Pilzarten. Mit der Artenvielfalt steigt auch die Fähigkeit eines Ökosystems sich an Umweltveränderungen anzupassen

anzeige 

ProSolidar   
Leben statt Profit



## Die beste Zukunftsanlage ist die Erhaltung der Umwelt.

Übliche Geldanlagen ziehen ihre Rendite aus der Zerstörung der Umwelt. Im großen Stil werden die Wälder gerodet, die Meere geplündert, die Gewässer verseucht, die Luft verpestet. ProSolidar verzichtet auf Rendite. Und finanziert stattdessen Einsatz für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Frieden sowie für Konzernkritik.

## Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

- Bitte schick mir kostenlos und unverbindlich weitere Informationen.  
Ja, ich zeichne eine Einlage bei ProSolidar
- Festeinlage (ab 500 Euro) ..... Euro
- Spareinlage (mind. 20 Euro/mtl.) ..... Euro

**Fordern Sie das kostenlose Anlage-Prospekt an!**

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

|                           |                             |             |
|---------------------------|-----------------------------|-------------|
| Name, Vorname _____       | Alter _____                 | Beruf _____ |
| Straße, Hausnr. _____     | PLZ, Ort _____              |             |
| Mail _____                | Telefon _____               |             |
| Geldinstitut _____        | Bankleitzahl bzw. BIC _____ |             |
| Konto-Nr. bzw. IBAN _____ | Datum, Unterschrift _____   |             |

Bitte ausschneiden und zurücksenden an: ProSolidar / Schweidnitzer Str. 41 / 40231 Düsseldorf  
Tel. 0211 - 26 11 210 / Fax 0211 - 26 11 220 / Mail info@ProSolidar.net / www.ProSolidar.net

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Bestandsdatum, die Erstattung des gesamten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Gültigkeits-ID: DEB9PRO000072987

#verpackungvernichtet

# SCHLECHTES GEWISSEN TO GO



Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des 



Damit Pappbecher, Verpackungen und Büropapier nicht zu einem unlösbaren Problem für Umwelt & Zivilisation werden, benutzt du sie am besten gar nicht erst. Alternativen kennt jeder: Porzellantassen, Pizza nicht im Karton anliefern lassen und zu Papier mit dem Blauen Engel greifen. So einfach ist das.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

**ROBIN WOOD**  
Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e.V.

föp 

Dieses und weitere Motive der Posterreihe „Ressourcen“ können sie als DIN A3 – Ausdrucke für je 2,00 € zzgl. Versand bestellen im [robinwood-shop.de](http://robinwood-shop.de).

# Mehrweg statt Waldzerstörung

Am 1. Juli twitterte Georg P. Kössler (MdA Berlin, Bündnis 90/Die Grünen) „Es ist furchtbar früh und ich habe mindestens 2 Schlafdefizite. Aber für @robin\_wood und #Mehrwegbecher stehe ich gerne auf. #hannover“. Kössler war auf dem Weg von Berlin nach Hannover zu der von ROBIN WOOD organisierten offenen **Tagung Mehrweg statt Waldzerstörung**. TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland waren angereist, um gemeinsam Lösungsansätze für die Müllproblematik der Einwegbecher zu erarbeiten, zu diskutieren und spannende Vorträge zu hören.

Die Waldzerstörung, für die die Einwegbecher verantwortlich sind, da sie aus hygienischen Gründen aus Primärfaserpapier hergestellt werden müssen, war aus einem traurigen Anlass besonders aktuell. Nordin, einer der bedeutendsten Umweltschützer in Indonesien, war eine Woche vor der Tagung gestorben. Weil mit ihm ein großer Kämpfer für den Wald verlorengegangen ist, sehen wir uns und alle anderen umso mehr in der Verantwortung, mit behutsamem Konsum-Verhalten und ökologischem Engagement die Wälder der Welt zu schützen. Die Bedrohung der Wälder veranschaulichte Waldreferent Jannis Pfendtner von ROBIN WOOD in einem Vortrag über Papier- und Zellstoffproduktion in verschiedenen Ländern und verdeutlichte die Auswirkungen für die einheimische Bevölkerung, auf die Umwelt und das Klima. Nachdem die Dringlichkeit des Themas mit vielen Sachinfos unterfüttert worden war, ging es an die Lösungsansätze.

Clemens Pech möchte die Einwegbecher mit RECUP ablösen. RECUP ist ein junges Unternehmen, das schon in München und Rosenheim viele Bäckereien, Kaffee-läden etc. mit modern designten Mehrwegbechern bestückt und ein Pfandsystem eingeführt hat. Derzeit soll der

Becher auch in Berlin etabliert werden, weitere Städte werden folgen. Die Vision von Pech ist ein flächendeckendes Pfandsystem mit einheitlichen Bechern, sodass alle Becher in jeder Stadt und an jedem Bahnhof abgegeben werden können.

Schon im März dieses Jahres hat das Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen, dass die Menge an Einwegbechern eingegrenzt werden muss. Dazu soll sowohl ein Rabatt auf Kaffee im eigenen Mehrwegbecher gewährt, als auch ein Pfandsystem etabliert werden. Kössler plädierte sowohl im Plenum des Abgeordnetenhauses als auch auf unserer Tagung für die Wiederbefüllung von mitgebrachten Mehrwegbechern, ließ allerdings nicht außer acht, dass ein eigener Becher auch mal vergessen werden kann und forderte daher zusätzlich ein Pfandsystem für Mehrweg-Kaffeebecher.

## Immer mehr Städte wollen auf Mehrwegbecher und Pfandsysteme umsteigen

Doch nicht nur in Berlin soll der täglich entstehende Müllberg aus Einwegbechern schrumpfen: In immer mehr deutschen Städten sprießen Initiativen, die Pfandsysteme und Mehrwegbecher etablieren, aus dem Boden. An unserer Tagung nahm Sibylle Meyer, Leiterin des FairCup in Göttingen teil. Die Uni Tübingen stellte für die Tagung Informationen über die Initiative „tü-go“ zur Verfügung. Tü-go fördert zum einen den Verkauf des Keepcup, eines attraktiven Mehrwegbechers und zum anderen einen Rabatt von mindestens 20 Cent auf Heißgetränke im mitgebrachten Mehrwegbecher.

Auch von Seiten der Politik gibt es Bewegung: Das hessische Umweltministerium wirbt für den BecherBonus, den von Umweltministerin Priska Hinz etablierten Rabatt von mindestens 10 Cent auf Kaffee im mitgebrachten Mehrweg-

becher. Im Kaffeebecher-Diskurs sind sowohl die Politik, als auch Privatpersonen und findige UnternehmerInnen gefordert. Nur wenn alle relevanten Gruppen auf dem Weg zur Mehrweg-Gesellschaft zu Wort kommen, kann eine hohe Akzeptanz für den gewählten Weg gewährleistet werden. Die genannten Gruppen waren auch in Hannover vertreten und diskutierten angeregt darüber, wie eine Institution einwegbecherfrei werden kann. Als sehr wichtig wurde bei der Tagung befunden, dass die MitarbeiterInnen, die den Kaffee ausschenken, informiert und geschult werden müssen, sodass eine angenehme Nutzung des Mehrwegbechers für alle Beteiligten gewährleistet wird und dem Pappbecher nicht aus Unwissenheit der Vorzug gegeben wird. Außerdem sollte der Mehrwegbecher komfortabel in der Nutzung sein und gut aussehen, sodass die Kaffeetrinker einen direkten Mehrwert aus dem Becher ziehen können.

Die Stimmung auf der Tagung war sehr gut und viele interessante Aspekte wurden ausgetauscht. Alles in allem habe sich die Tagung privat und beruflich sehr gelohnt, resümierten die TeilnehmerInnen. Die Mehrzahl möchte sich untereinander und mit ROBIN WOOD vernetzen. Wir hoffen, dass die gewonnenen Denkanstöße in die Tat umgesetzt werden und sehen optimistisch, wie sich gerade die Mehrwegbecher-Initiativen die Städte erobern.

*Jana Fischer, Praktikantin bei ROBIN WOOD, Hamburg*

*Die Tagung wurde von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des BMZ gefördert*



Foto: ROBIN WOOD

*Vision für die Zukunft bei der ROBIN WOOD-Tagung in Hannover: Überall in Deutschland Kaffee aus Mehrweggeschirr genießen können*

# Vermächtnisse für die Umwelt

Foto: Annette Littmeier

Das Thema Erbschaften und Vermächtnisse ist ein sensibler Bereich. Dabei haben Vermächtnisse wenig mit dem Tod und sehr viel mit dem Leben zu tun.

## Für die Zukunft

Seit jeher gestalten viele Menschen weit vor ihrem Tod ihr Nachleben: Ihr Vermächtnis für ihre Kinder und Kindes Kinder, für ihre Nachbarn, FreundInnen, für die Menschen in ihrer Stadt, für die Menschen, die ihre Vision für die Zukunft teilen. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten gehört sicher dazu. Dieses wichtigste Erbe der Menschheit so intakt wie möglich an die nächsten Generationen weiterzureichen, dafür setzt sich ROBIN WOOD ein. Damit wir immer einsatzfähig sind



*Wenn Sie Fragen zum Thema haben, rufen Sie mich gerne an, Angelika Krumm: 03332 252010*

und Kräfte entwickeln können, um falsche Entscheidungen in Regierungen und Megakonzerne zu korrigieren, finanziert sich unser Verein unabhängig. Gelder aus Nachlässen gehören dazu. Diese politische Unabhängigkeit bedeutet aber auch eine Begrenzung unserer finanziellen Mittel und damit unserer Kräfte.

Viele Menschen verdrängen das Thema Vermächtnisse und Testamente, weil es mit Sterben und Tod zu tun hat. Jüngere meinen, das hat noch viel Zeit, Ältere verschieben es, weil sie unsicher sind und ihnen für den Tag X nicht alles bis ins Detail klar vorhersehbar scheint.

Für Menschen, die sich noch nicht intensiv mit dem Sterben und mit Sterbebegleitung beschäftigt haben, ist das Thema sicherlich schwierig. Wer damit etwas Erfahrung hat, weiß, dass unser Leben einen Anfang und ein Ende hat. Andere Menschen glauben, es hat viel mehr mit dem Leben zu tun und damit, was man hinterlassen will. Menschen mit Erfahrung und Bewusstsein legen großen Wert darauf, auch das Ende des Lebens bewusst, verantwortlich, individuell und kreativ zu gestalten.

## Darüber reden

Vermächtnisse und Testamentsspenden sind ein Ausdruck der Selbstbestimmung sowie ein Manifest und eine klare Antwort auf die Frage: Welche Ziele habe ich? Wofür lebe ich? Was will ich?

Wir dürfen Sie nicht juristisch beraten, aber wir haben viel Verständnis für Ihren Willen! Wenn es darum geht, genau die Entscheidung zu treffen, die Ihren Wünschen entspricht, wird

Sie Ihr Anwalt oder ein Fachanwalt für Erbrecht gerne unterstützen. Und für alle Fragen, die unsere Arbeit zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen betreffen, stehen wir Ihnen ganz persönlich zur Verfügung. Kürzlich sprach uns eine Förderin an. Sie berichtete, dass sie vor längerer Zeit auf die Schnelle ein handschriftliches Testament verfasst habe und sie aus jetziger Sicht Änderungen vornehmen möchte. Dabei stellte sie sich vorausschauend Fragen, welche Nachlässe denn Vereine überhaupt annehmen dürfen und wie das in ihrem konkreten Fall wäre. Eine spezielle Frage klärte die Förderin im Telefongespräch mit dem Steuerberater, an dem auch Ihre Ansprechperson von ROBIN WOOD teilnahm.

*Wenn Sie mehr über das Vererben wissen wollen und dabei auch etwas für den Umweltschutz tun möchten, bestellen Sie unverbindlich die Testamentsbroschüre von ROBIN WOOD „Ihr Wille ist wichtig“ bei: ROBIN WOOD e.V., Bremer Straße 3, 21073 Hamburg, Tel.: 040 380892-0.*



## „Unabhängig für Klimaschutz und Umweltgerechtigkeit streiten“

Seit Juni ist **Holger Harms**, 33, unser neuer Kollege in der Hamburger Geschäftsstelle und zuständig für den Bereich Spenden bei ROBIN WOOD. Zuvor hat er bei der Friedens- und Menschenrechtsorganisation peace brigades international gearbeitet. Dort koordinierte er die Öffentlichkeitsarbeit der in mehreren Ländern aktiven Organisation in Deutschland. Seit seinem Studium der Politikwissenschaften engagiert er sich in verschiedenen Initiativen, etwa im Bereich Antirassismus und Internationalismus.

„Die Folgen des rücksichtslosen Umgangs mit der Umwelt und des Klimawandels werden vor allem von Menschen getragen, die am wenigsten zu diesen beitragen. ROBIN WOOD streitet wirksam für Umweltgerechtigkeit und Klimaschutz – unabhängig von Industrie, Staat, Kirchen oder Parteien. Für diese Unabhängigkeit und die Unterstützung durch unsere Förderer\_innen möchte ich mich bei ROBIN WOOD einsetzen.“

*Holger Harms können Sie bei allen Fragen zu Spenden und Fördermitgliedschaften erreichen unter [holger.harms@robinwood.de](mailto:holger.harms@robinwood.de), Tel.: 040 380892-13*



Foto: Gabriele Goschke

## impresum

### Nummer 134/3.17

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

### Redaktion:

Tim Christensen, Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Christian Offer, Regine Richter, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Verantwortlich für Layout, Satz, Fotos und Anzeigen ist die Redaktion.

### Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin  
Bundesgeschäftsstelle

Bremer Straße 3, 21073 Hamburg  
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14  
[magazin@robinwood.de](mailto:magazin@robinwood.de)

### Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand. Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. FörderInnen, die ab 50 € jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.  
[info@robinwood.de](mailto:info@robinwood.de)

### Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bogenoffsetdruck, Auflage: 8.000. Gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

### Titelbild:

Ute Mulder/pixelio.de

### Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V., Sozialbank Hannover  
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00  
BIC: BFS WDE 33 HAN



[www.robinwood.de](http://www.robinwood.de)



Foto: Pay Numrich

# Leider waren die Leinen schon los!

*Unsere Briefe mit der Einladung zur Floßtour 2017 kamen zu spät. Es ist einer der wenigen Briefe in der Geschichte unseres Vereins, der nicht rechtzeitig in den Postkästen war. Über das Magazin und den ROBIN WOOD-Newsletter hatten wir rechtzeitig zur diesjährigen Floßtour eingeladen. Jetzt wollten wir noch einmal kurzfristig die Tour bewerben und ihr wichtiges Thema, die gefährlichen Urantransporte, in den Fokus rücken. Deshalb war die Alternative: Das Risiko eingehen, dass der Brief zu spät kommt, oder gar nicht einladen. Es bestand eine reelle Chance, dass die Einladung noch rechtzeitig kommt. Dafür, dass das nicht überall geklappt hat, bitten wir Sie herzlich um Entschuldigung! Hier kommen einige Hinweise unserer Förderinnen und Förderer dazu.*

Hallo liebe Rowo's,  
 habe gerade erst Euren Brief zur Floßtour richtig gelesen, dass Ihr schon vor 10 Tagen in Bonn wart mit dem Floß. Wir wären gerne mal direkt vorbeigekommen. Sind für uns nur ca. 35 km Fahrt. Frage: Könnt Ihr uns in Zukunft frühzeitig informieren, wenn Aktionen zwischen Bonn/Köln und Siegen stattfinden? Super Aktion, und sicher könnt Ihr auch Spenden gebrauchen.... :) Welche Zeitschriften, laufenden Infos gibt es von Euch? Schickt doch evtl. nochmal ein Probe-Abo.

Vielen Dank!  
 J. Hansen

Hallo Rowos, hallo Alex,  
 als Altmitglied von Rowo bin ich sowohl beruflich als auch privat mit vier jetzt

großen Kindern ziemlich eingespannt und mit 59 Jahren auch etwas aktionsmüde (so in etwa: na, da können mal Jüngere ran, hab genug gemacht in meinem Leben ... G20 muss nicht sein). Das führt dazu, dass ich mich nicht mehr aktiv in Kampagnen einkleine. Andererseits gibt es natürlich immer wieder Themen, die mich entweder aus grundsätzlichen politischen Erwägungen aufrütteln oder, wie etwa die Floßtour, emotional ansprechen.

Konkreter Anlass war das späte Mailing: Schade, da hätte ich Spaß haben können (ein bißchen Abenteuer muss sein...) und mit meinen Kompetenzen und Kontakten als Wassersportler und in Rheinnähe gut irgendeine logistische Unterstützung leisten können. Aber das ist für mich leider nicht so spontan machbar: Urlaub von Arbeit nehmen usw.

Jedenfalls empfinde ich, dass da eine Informationslücke klafft: Zwischen „ruhigen“ aber durchaus aktivierbaren und für Einzelaktionen eventuell hoch motivierten Altmitgliedern, oder auch nur Unterstützern, die sich allerdings nicht mehr von allein einklinken, und den Aktiven. Da ist sozusagen eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entstanden, wenn jemand nicht in einer der Regionalgruppen aktiv ist.

Da Rowo keine organisierte Jugendarbeit, wie zum Beispiel Greenpeace oder Sportvereine, macht, entsteht bei so einem kleinen Verein, der auf ehrenamtliches Engagement setzt, ein Problem. Keine Ahnung wie man diese Lücke zwischen einerseits voll aktiv und andererseits nur Magazin durchblättern schließen kann. Das wäre mir aber für die Zukunft sehr wichtig!

Liebe Grüße, Ulrich Blumental

Guten Tag,  
am Samstag den 24.6. erhielt ich von Ihnen einen am 21.6. erstellten Aufruf, die aktuelle Energie-Floß-Tour zu besuchen. Als mögliche Termine wurden der 21. und 22.6. in Bonn bzw. 23. bis 25.6. in Köln angeboten. Diese Benachrichtigung erfolgte viel zu spät; und ist zu diesem Zeitpunkt wohl bei allen Förderern im Köln-Bonner Raum angekommen. Zu einer so kurzfristigen Einladung kann sich wohl kaum jemand noch Termine freischaufeln!!! Eine so kurzfristige Benachrichtigung gehört – wenn schon – dann in einen Newsletter und nicht in einen teuer erstellten Spendenaufruf!!! Diesen Umgang mit Spendergeldern halte ich für kurzsichtig und bedenklich! Bei Ihrer Organisation ist mir leider eine ganze Reihe von Pannen im Gedächtnis geblieben....  
Vor Jahren erhielt ich von Ihnen schön gestaltete Urkunden, bei denen leider mein Name falsch geschrieben war. Der Text lautete „Babara ... hat mit ihren Spenden sehr dazu beigetragen...“. Ich habe das für einen einmaligen Patzer gehalten und nicht weiter reklamiert. Dann gab es Verzögerungen beim Versand des Spenderkalenders. Auf meine Anfrage erhielt ich eine wenig motivierende, schnoddrige Antwort, der

Versand fände in den nächsten Tagen statt. Tatsächlich traf der Kalender erst einige Zeit später ein als angekündigt. Auch die Klärung einer fehlerhaften Spendenbescheinigung hat mich viel Zeit und Nerven gekostet. Seitdem habe ich meine Spenden reduziert. Beim nächsten Ärgernis werde ich meine Unterstützung ganz einstellen! Mit Ihren Zielen stimme ich meist überein, aber mit Ihrer mangelnden Sorgfalt überhaupt nicht!

Mit Grüßen,  
Barbara L.

### Anmerkung zur Sache

Liebe Barbara L.!

Herzlichen Dank für Ihre Kritik! Uns ist sehr bewusst, dass unsere Arbeit für den Umweltschutz erst durch Förderinnen wie Sie möglich wird. *Es ist uns also ein dringendes Anliegen, die bestmögliche Kommunikation mit Ihnen zu pflegen! Nun zählen Sie – zu Recht – mehrere Beispiele auf, wo das nicht gelungen ist. Das tut mir sehr leid! Und ich möchte in aller Form und auch im Namen des gesamten Vereins um Entschuldigung bitten!*

*Dass der Brief mit der Einladung zu Floß-tour erst am 24.6. in Ihrem Briefkasten war, ist ein Ärgernis für uns alle. Auch ich bekam den Brief erst am 24. Denn uns war zunächst avisiert worden, dass er am 14.6. ausgeliefert würde, und als dies so kurzfristig doch nicht mehr machbar war, zumindest am 21.6.. Es gab die Chance, zumindest zu den Schlussetappen der Floßtour einzuladen, anstatt nur darüber zu informieren. Per E-Mail hatte ich alle am 2. Juni eingeladen, die unseren Newsletter abonniert haben. Dass der Brief mit dem Titel „Besuchen Sie uns!“, erst am vorletzten Tag der Floßtour in den Postkästen ist, war selbstverständlich nicht geplant. Die Verzögerungen waren nicht vorhersehbar. Das ist uns bislang noch nicht passiert und soll es auch nicht mehr, denn, wie gesagt, Sie sind nicht die Einzige, die das erbost.*

*Nun zu den anderen unschönen Punkten, die Sie aufzählen: Dass Sie eine Spendenurkunde mit falsch geschrie-*

*benem Vornamen erhalten haben, tut mir ausgesprochen leid! Ich heiße Barbara mit zweitem Vornamen und hätte mich über „Babara“ geärgert! Ich wünschte, Sie hätten mich angerufen! Ich habe die Spendenurkunden entworfen und möchte, dass sie ein schöner Dank für unsere FörderInnen sind, der Freude bereitet. Möchten Sie mir sagen, welches Motiv Sie geordert hatten? Ich möchte Ihnen gerne eine neue Urkunde schicken.*

*Sehr leid tut mir auch, dass Sie auf Ihre Nachfrage wegen des Kalenders eine unhöfliche Antwort erhalten haben. Normalerweise ist es allen im Team sehr wichtig, einen wertschätzenden und freundschaftlichen Umgang mit unseren FörderInnen zu pflegen. Dass Sie Unannehmlichkeiten wegen einer Spendenbescheinigung hatten, ist sehr unglücklich. Denn abgesehen von guter Arbeit für den Umweltschutz ist eine fehlerfreie Spendenbescheinigung das Mindeste, was Sie von uns erwarten dürfen. Ich bin regelrecht beschämt, dass Sie gleich mehrere negative Erlebnisse mit uns hatten!*

*Wir haben die Auslöser Ihres Ärgers bereits im Team besprochen. Natürlich kann ich nicht garantieren, dass keinem von uns jemals wieder ein Fehler unterläuft. Aber ich kann garantieren, dass wir daran arbeiten, möglichst wenige Fehler zuzulassen. Denn solche Fehler beschädigen ein Vertrauen, das wir uns mühsam über Jahre erarbeitet haben. Ich freue mich, wenn ich Ihnen die fehlerfreie Spendenurkunde zusenden darf! Und ich spreche auch sehr gerne direkt mit Ihnen, wenn Sie das wünschen!*

Bedauernde, aber sehr herzliche Grüße,  
Ute Greiser



Liebe Leute,  
wir hatten die Einladung zur Floßtour erst am Samstag, den 24.06.17 im Briefkasten. Da war die Floßtour schon fast vorbei. Zumal man den Brief gerne früher gehabt hätte: zum Planen.

Ich bekomme zwar den Newsletter und interne E-Mails und war deshalb schon lange vorher informiert.

Aber manche Empfänger bekommen vielleicht nur das Mailing und sind dann verärgert, dass sie zu spät informiert werden.

Für mich wäre das ein Grund, nicht zu spenden und mir außerdem zu denken: „Was für ein Chaoten-Verein!“

So, das wollten die Kölner ROWOs nur mal loswerden!

Liebe Grüße Irmi

### Ohne Auto leben?

(Zum Magazin 2/2017)

Sehr geehrte Damen und Herren,

obwohl auch ich dafür bin, möglichst viele Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erledigen oder mit umweltfreundlichen Fahrzeugen wie mit dem Fahrrad, kann ich dem Artikel so nicht unwidersprochen zustimmen.

Die Vorschläge, die der Autor, Bernhard Knierim ausführt, mögen ja alle im Umfeld einer Großstadt zutreffend sein. Mich ärgert immer, wenn ein Stadtmensch solche Thesen aufstellt ohne zu wissen, wie es sich im ländlichen Raum ohne Auto lebt. Hier hat man leider oft nicht die Möglichkeit eines funktionierenden ÖPNV.

Wenn in den kleinen Gemeinden gerade drei Mal täglich ein Bus in die nächste Kreisstadt fährt, ist beispielsweise ein Besuch beim Zahnarzt oder beim Friseur eine tagesfüllende Beschäftigung, wenn man auf diesen Bus angewiesen ist.

Gerade für ältere Menschen, die gesundheitlich nicht mehr auf der Höhe sind, sind solche Strapazen nicht zumutbar.

Ich empfehle Ihrem Autor, auf unseren schmalen Landstraßen mit dem Fahrrad zu fahren, wenn ein Lkw in voller Fahrt einen halben Meter neben ihm vorbeibraust. Ich selbst bin 58 Jahre alt und sitze noch stabil auf dem Fahrrad, aber ein Mensch, der unsicher fährt, hat gegen

den Fahrtwind, der ihn da ergreift, keine Chance.

Ich bin noch berufstätig, mein Arbeitsplatz ist knappe 15 km vom Wohnort entfernt. Mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren und dann verschwitzt den ganzen Tag im Büro sitzen zusammen mit Kollegen: Fragen Sie die Kollegen mal, was die davon halten.

Zudem ist das eigene Auto, so lange sie noch fahren können, gerade für viele ältere Menschen noch ein Stück Selbstständigkeit. Damit können sie beispielsweise noch einkaufen, **sich noch selbst versorgen, auch wenn sie nicht mehr gut zu Fuß sind.** Sie können Freunde besuchen oder auch am Abend mal ins Theater oder ins Konzert fahren. Bei den nur sporadisch vorhandenen Verbindungen der öffentlichen Verkehrsmittel, **wenn der letzte Bus um 20 Uhr fährt**, haben sie ohne Auto nicht mehr die Möglichkeit, solche Angebote wahrzunehmen. Taxifahren ist auch keine Alternative, denn wenn die einfache Fahrt in die nächste größere Stadt 70 Euro kostet, kann sich das nicht jeder leisten. Und die Rufbusse? Die stehen nur zur Verfügung, wenn man eine Dauerkarte hat. Welcher Rentner aber hat die schon?

Ohne Auto leben in der Stadt, mag kein Problem sein. Je kleiner die Ortschaften aber sind, desto schwieriger gestaltet es sich, kein Auto zur Verfügung zu haben. Ich lade Ihren Autor ein, sich bei uns auf dem flachen Land umzusehen und sich auf einige der geschilderten „Abenteuer“ einzulassen, mal sehen, wie der dann darüber denkt.

Mit freundlichen Grüßen  
Alfred Gehring

### Anmerkung zur Sache

Sehr geehrter Herr Gehring,

Danke für Ihren Leserbrief. Ihren Ärger kann ich sehr gut nachvollziehen. Ich habe den Stadt-Land-Unterschied schon mit vielen ExpertInnen diskutiert - von denen viele dazu neigen, die Situation in der Stadt zu verallgemeinern. Deswegen haben wir im Artikel von Bernhard Knierim deutlich hervorgehoben: „Autofreies Leben ist heute noch ein Privileg für

StädterInnen“. Natürlich wären individuelle Verhaltensappelle wie „Benutzen Sie doch den Bus“ unangemessen angesichts des öffentlichen Verkehrsangebots in der Fläche. Deswegen fordert unser Autor politische Veränderungen: Mehr Investitionen in öffentliche Verkehrsangebote und weniger in Straßenbau, eine attraktive Flächenbahn mit fairen Preisen und am besten im Taktverkehr. Schließlich würde eine nahräumliche und kleinteilige Infrastruktur – für Gesundheit, Bildung, Kultur und Konsum – nicht nur sehr viel Verkehr überflüssig machen, sondern auch mehr Lebensqualität auf dem Land schaffen.

Beste Grüße  
Monika Lege

### Petition gegen Holzacker

Hallo Robin Wood-Team,  
ich habe Ihre Aktivitäten zum Thema Wälder verfolgt und habe den größten Respekt davor!

Dieses Jahr ist es mir besonders sauer aufgestoßen, wie unser Rosbacher Wald nach den Einsätzen der Harvester aussah:

So viele Bäume sind abgeholzt worden, tiefe Furchen kreuz und quer, viele alte Bäume, die geschlagen wurden und das teilweise sogar in der Brutzeit. Und es sieht wohl so aus, dass das in ganz Hessen so gelaufen ist.

Deshalb habe ich tatsächlich zum ersten Mal eine Petition erstellt, um etwas dagegen zu tun. **Es kann doch nicht sein, dass wir uns regelmäßig über die Abholzungen in den Regenwäldern beschweren und unseren eigenen Wald wie einen Holzacker benutzen.**

Es würde mich freuen, wenn Sie unsere Petition unterstützen würden.

Hier der Link zur Petition:

<https://www.openpetition.de/petition/online/kein-oekologischer-kahlschlag-unseres-waldes-in-rosbach-und-in-ganz-hessen>

Es wäre schön, wenn Sie unterschreiben und an Ihre Freunde weiterleiten würden. Danke!

Viele freundliche Grüße aus Friedberg,  
Regina Klein



Wo Natur verschwindet, verschwindet Leben.

Jetzt [robinwood.de/Waldbrände-stoppen](http://robinwood.de/Waldbrände-stoppen)

## Das EU-Parlament ist nun überzeugt!

Helfen Sie uns, jetzt die Regierungen zu überzeugen?

Ich möchte auch meine Mitmenschen  
über Agrodiesel und Tropenwälder informieren!  
Bitte senden Sie mir:

Ich brauche nur  
eine Briefmarke und  
einen Briefumschlag.

- \_\_\_\_\_ Exemplare dieses „Diesel“-Magazins
- \_\_\_\_\_ Exemplare des digitalen Bildbandes für Interessierte

ROBIN WOOD e.V.  
Tina Lutz  
Bremer Str. 3  
21073 Hamburg

\_\_\_\_\_  
Name:

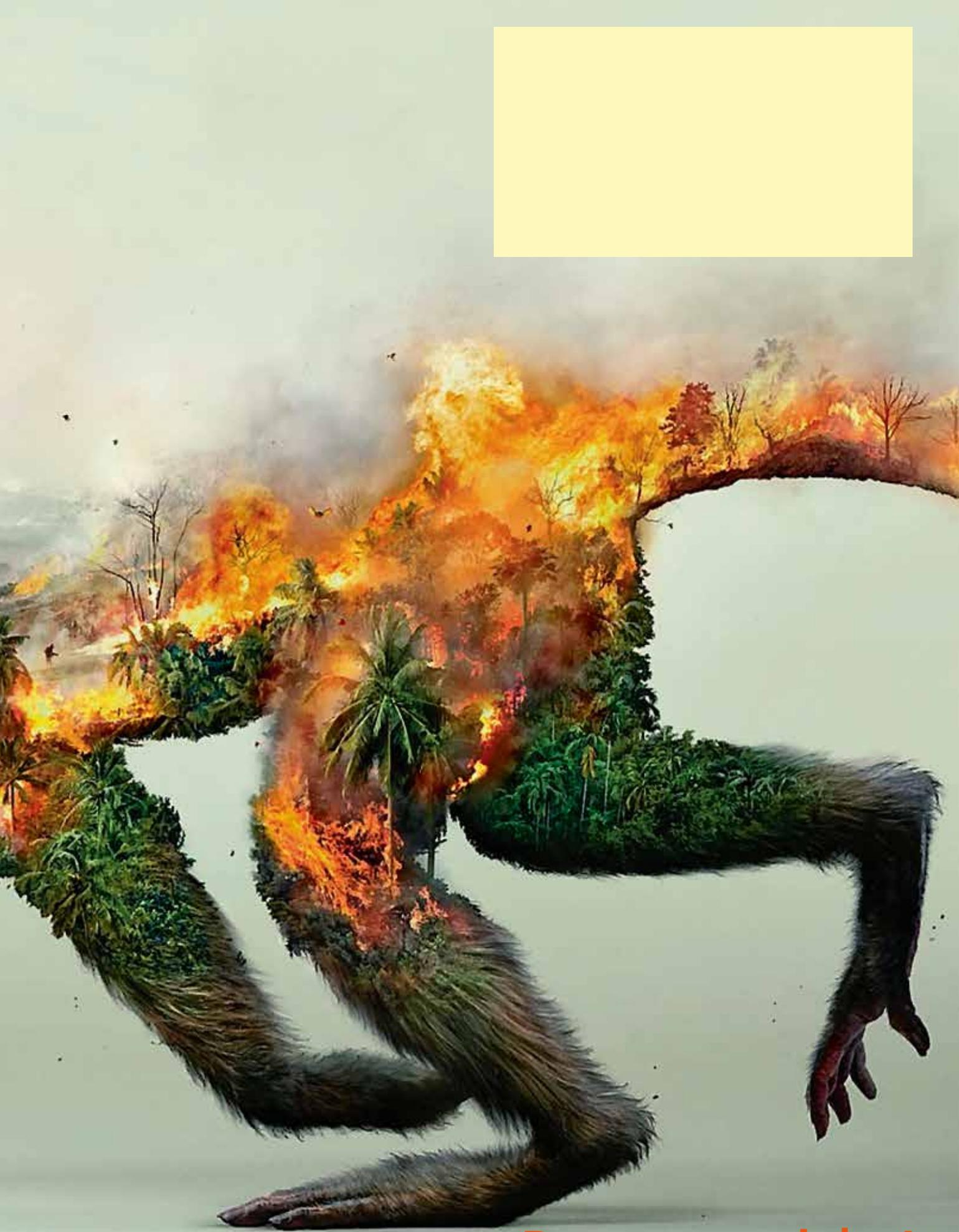
\_\_\_\_\_  
Straße:

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort:

\_\_\_\_\_  
Telefon:

\_\_\_\_\_  
E-Mail:

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift



Protest wirkt!

[www.robinwood.de](http://www.robinwood.de)